

Monatlich
durch Boten 3,50 Mk.,
durch die Post 3,70 Mk.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von E. Chr. Sommer,
Süd End und Diez.

Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigens
Die einseitige Zeile 40 J.
Anst. Bel. Versteig. 60 J.
Reklamzeile 1.50 J.

Ausgabezeit:
Diez, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein, Süd End

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr 32

Diez, Donnerstag, den 15 April 1920

26. Jahrgang.

Legte Nachrichten.

Der Reichswahltermin

Diez, Berlin, 15. April. Der Sozialistische Korrespondenz zufolge wird die Wahl zum neuen Reichstag voraussichtlich am 13. Juni stattfinden.

Aus der Nationalversammlung

Diez, Berlin, 14. April. Reichspostminister Giesberts: Wenn das Industriegebiet sich ruhig verhalten hätte, so wäre der Rapp-Putsch schneller erledigt gewesen. Das Nachrichtenwesen während des Putsches muß noch besonders untersucht werden. Reichswehrminister Giesler: Wenn Dr. Braß wieder nach Coblenz zur Rheinlandkommission geht, um über deutsche Dinge Auskunft zu geben, — denn er geht nach Coblenz — (Hört, hört), soll er doch die Wahrheit sagen u. nicht wieder sagen, es ständen nicht 18.000, sondern 80.000 Mann in der neutralen Zone. (Ungehört, Maus, Schuft!) Herr Braß hat auch Dokumente, die wir von ihm nicht erlangen konnten, an die Entente gegeben. (Andauernde Pfuierei auf allen Seiten des Hauses.) Gegen Herrn Eberhardt ist Haftbefehl erlassen worden und die Brigade Eberhardt soll zur freiwilligen Auflösung veranlaßt werden, bevor Gewalt angewandt wird. Die Reichswehr muß ausgebaut werden. Abg. Kahl (D. Sp.) wirft dem Reichsjustizminister wegen seiner geringen Rede gegen die Deutsche Volkspartei Unachtsamkeit vor und bezeichnet diese Rede als die eines Winkeladvokaten. Der Reichsjustizminister verweist als Antwort auf das Verhalten von Schnitzler und der Königsberger Allgem. Ztg. Gegen Braß habe er wegen Landesverrats vorgehen lassen. Abg. Braß (U. S. P.) erklärte, er habe mit der Kommission am 17. März wegen der Unterbringung von hunderttausenden von Flüchtlingen verhandelt. Morgen 1 Uhr Rest der heutigen Tagesordnung.

Der Friede mit den Vereinigten Staaten.

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat den Vorschlag zur Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland mit 243 gegen 150 Stimmen angenommen. Die Mehrheit setzte sich aus Republikanern und 22 Demokraten zusammen. Zwei Republikaner stimmten gegen den Vorschlag. Die Times meldet aus New York, daß Wilson nach wie vor beabsichtigt, die Entschliessung des Senats, in der der Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklärt wird, unberührt zu lassen. Wilson von neuem erkrankt?

Havas meldet aus London vom 12. April: Daily Mail glaubt zu wissen, Präsident Wilson habe einen Rückfall erlitten. Nach einer Meldung der Times aus New York sind die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Präsidenten beunruhigend. Der New York Courant meldet aus New York: Es geht das Gerücht, daß der Präsident gesundheitlich zusammengebrochen sei. Die unrichtigen Mittelungen aus dem Weißen Hause scheinen dies zu bestätigen. Der Präsident hat seine täglichen Ausfahrten unterbrochen.

Die Besetzung des Maingaues.

Der Stadt Frankfurt war wegen Angriffen auf französische Soldaten als Kontribution die Lieferung von 10 Revolvern oder automatischen Pistolen, zu entnehmen aus den von den Waffenhändlern abgelieferten Beständen, mit 50 Patronen für jede Waffe, 10 neuen Fahrradern, fahrbereit, und 10.000 Mark in Gold zufließt worden. In einer Besprechung mit Oberbürgermeister Voigt hat General Demey die Kontribution von 10.000 Goldmark wieder niedergeschlagen mit Rücksicht auf die gute Haltung der Bevölkerung in den letzten Tagen und in der Hoffnung, daß auch ferner vollständige Ruhe herrscht. General Demey äußerte dabei, daß es ihm bei der Verfolgung der Angelegenheit lediglich auf die Vermeidung ähnlicher Unruhen wie am 7. April ankomme und erwähnte ferner, daß die deutsche Polizei in den letzten Tagen durchaus ihre Pflicht getan habe.

Deutschland hat französischen Blättern zufolge bei der Besetzung der rechtsrheinischen Städte durch die französischen Truppen zwei Noten nach Washington geschickt. In der ersten protestiert es gegen die Besetzung dieser deutschen Städte. Die Note lautet in der Hauptsache gleich derjenigen, welche an die französische Regierung gerichtet wurde. In der zweiten Note wendet sich das deutsche Kabinett an die Vereinigten Staaten und beruft sich auf die vierzehn Punkte Wilsons.

Die mittel- und süddeutschen Regierungen (Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden) hielten in Stuttgart eine Konferenz ab. Dabei kam man nach eingehender Aussprache über die gegenwärtige politische Lage zu folgendem Ergebnis: Die in Stuttgart vertretenen Regierungen protestieren gegen die neuerdings erfolgte feindliche Besetzung der Bezirke Frankfurt a. M. und Darmstadt, die weder durch das Rheinlandskommission noch durch den Friedensvertrag gerechtfertigt ist. Die Regierungen erklären, daß sie allen Maßnahmen der Reichsregierung zur Wahrung der Reichsinteressen zustimmen und den Versuch, Süddeutschland vom Reich zu trennen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Be-

züglich der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Lage verlangen die vertretenen Regierungen, daß streng der Reichsverfassung gemäß verfahren wird, denn nur so ist die Zukunft des Reichs und der deutschen Nation zu sichern. Jede Zentralisation, die über ein vernünftiges Maß hinausgeht, sei eine Gefahr, vor der die vertretenen Regierungen aufs entschiedenste warnen.

Der englisch-französische Zwischenfall ist durch Notenwechsel erledigt worden. Lord Derby hatte Andeutung, an den Beratungen der Völkervereinigung nicht teilzunehmen, bis die Angelegenheit erledigt sei. Am 13. April wohnte der englische Botschafter der Konferenz wieder bei.

Ueber die Dauer der Besetzung teilt die Agentur Havas mit: Man glaubt zu wissen, daß, wenn die französischen Truppen Frankfurt und Darmstadt räumen werden, sie gleichzeitig auch Homburg und Sarau freigeben. Andererseits schafft das Verlangen der deutschen Regierung um Verlängerung der zur Entwaffnung Deutschlands vorgesehenen Frist eine völlig neue Lage, der die Alliierten und besonders Frankreich, Rechnung zu legen müssen. Diese Forderung wird der erste Punkt der Tagesordnung bei den Verhandlungen in San Remo sein. Heberdies ist es wahrscheinlich, daß die französische Regierung, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle sie auf die Entscheidungen der Alliierten einen Druck ausüben, sich bemühen wird, die Dauer der Besetzung dieser Städte zu beschränken und sich dazu herbeilassen wird, sobald die Lage im Ruhrgebiet, was die Truppenbestände anlangt, wieder normal geworden ist, die Truppen zurückzuziehen.

Neue Besetzungen. Dienstag früh wurde der Kreis Hanau bis zur Linie Hanau-Friedberg besetzt. Die Haltung der Bevölkerung war trotz der begreiflichen Erregung, in der sie sich befand, sehr zurückhaltend. Die Franzosen haben sofort die Grüne Polizei verhaftet und brachten sie nach Griseheim. Sie haben sämtliche Waffen beschlagnahmt, die zur Ausrüstung von Einwohnern und polizeilichen Zwecken gesammelt waren. Sie beschlagnahmten auch 50 Pferde. In einer verlassenen Kaserne erbrachen sie sämtliche Schränke und Türen und erklärten alle Lebensmittel, die sie vorfanden, als beschlagnahmt. Der Landrat von Hanau wird sehr scharf kontrolliert. Die Besetzungstruppen gehören der 4. Kavalleriedivision und der 37. Infanteriedivision an.

Belgier in Frankfurt. Die angekündigte Verstärkung der französischen Garnison in Frankfurt durch belgische Truppen ist am Mittwoch verwirklicht worden. Gegen 4 Uhr traf am Güterbahnhof ein Bataillon belgischer Soldaten im Sonderzuge ein und wurde unter Entfaltung reichem militärischen Gepranges von der hiesigen französischen Garnison, die auch in den Durchzugsstraßen zum Güterbahnhof und Opernplatz Spalier bildete, empfangen. Nach einer Begrüßung durch die französische Generalkommandantur wurden die Belgier von den französischen Truppen im Ehrenzuge nach der Kommandantur im Hotel Imperial geleitet. Im Anschluß an den Empfang fand auf dem Opernplatz eine Parade der vereinigten Truppen statt.

Die Lage im Industriegebiet

scheint sich von neuem zu verschärfen. Die Teil-Union meldet aus Münster: Das Wuppertal scheint der Ausgangspunkt einer neuen Aktion der Roten Armee zu werden. Eine Waffenabgabe hat kaum stattgefunden. Was offiziell abgeliefert wurde, ist unbrauchbar. Der Offener Zentralrat hat den Kampf noch nicht aufgegeben. Er erhält jetzt seine Hauptaufgabe darin, für später unruhigstellende Kämpfe eine aktionsfähige Organisation zu schaffen. In diesem Zwecke wurde eine Kommission gebildet. In den Aktionsausschüssen haben die Mehrheitssozialisten nichts mehr zu sagen. Niemand mag, die Forderung eines Truppeneinmarsches aufzustellen, um nicht dem Terror anheimzufallen. Burett werden zahlreiche von roten Truppen requirierte Last- und Personenautos nach Holland verschoben.

Die durch die Auflösung der Roten Armee im Bergischen Lande entstandenen Schwierigkeiten zwingen die Städte und Landkreise zu gemeinsamem Handeln. Bei einer Versammlung in Barmen, an der fast sämtliche Städte und Landkreise des Bergischen Landes einschließlich Hagen teilnahmen, wurde eine Durchführung der Beschlüsse ein Ausschuss gewählt, in den die Städte Barmen, Elberfeld, Hagen, Reimscheid und Bohlwinkel je einen Vertreter entsandten. Die Tätigkeit des Ausschusses bestand darin, die Unterkunft, Verpflegung und den Abtransport der Flüchtlinge gemeinsam zu regeln und durch Verhandlungen mit den Militär- und Staatsbehörden die Grundlagen zu schaffen, um den Flüchtlingen eine sichere Heimkehr in ihre Heimat und an ihre Arbeitsstätten zu ermöglichen. Die bergischen Städte sind bereits in Berlin zwecks Zursicherstellung vorstellig geworden.

General von Watter, der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos Münster, ist Dienstag vormittag in Berlin eingetroffen, um dem Reichswehrminister seine dienstliche Meldung zu erstatten, nachdem sich in den letzten Tagen auch andere Generale des Reichsheer im Minis-

terium gemeldet haben. von Watter begab sich nach kurzer Unterredung mit Dr. Giesler in den Reichstag, wo er mehrere Mitglieder des Kabinetts und führende Parlamentarier sprach. Am späten Nachmittag fand eine längere Besprechung beim Reichspräsidenten Ebert statt, an der sich auch Severing beteiligte und in der sämtliche die Lage im Ruhrgebiet betreffende Fragen eingehend ventiliert wurden. Scharf umrissene Forderungen sind seitens des Generals von Watter nicht gestellt worden. Es handelt sich bei seinen Berichten um ein bloßes Referat. Es handelt sich um Fragen von großer innerpolitischer, aber auch von internationaler Bedeutung. Nach Lage der Dinge ist damit zu rechnen, daß die militärischen Operationen im Westen in den nächsten Tagen ihr Ende finden werden. General von Watter reiste bereits am Mittwoch wieder ab.

Der Räuberhauptmann Hölz

ist auf die Kunde von dem Anrücken von Reichswehrtruppen mit seinen Anhängern geflohen. Vorher hat die Bande noch allerlei Schandtaten, wie Erpressungen, Brandstiftungen usw., begangen.

Die Chemnitzer Arbeiterschaft schritt zur Abstimmung über den zu proklamierenden Generalfestreit bei dem Einrücken der Reichswehrtruppen ins Vogtland und Erzgebirge. Dabei sind 14.000 Stimmen für, 22.000 gegen den Generalfestreit abgegeben worden. Die Unzufriedenheit nach aus, können aber an der Ablehnung des Generalfestreits nichts ändern. Die Tatsache, daß man überhaupt zur Abstimmung schreiten wollte, weil die Reichswehr die Planzer Gegend von dieser Räuberbande befreien wollte, läßt tief blicken.

Die deutsche Valuta

hatte ihre Aufwärtsbewegung bis zum 12. April fortgesetzt. Die Ursache soll in folgendem liegen: Während der Dauer des Krieges und auch nach dem Waffenstillstand ist die deutsche Valuta fast ausschließlich von der Amsterdamer Börse bestimmt worden. Vielfach ist auf diese Tatsache hingewiesen worden mit der Vermutung, als ob damit eine bestimmte holländische Spekulation verbunden gewesen sei. Seit etwa vier Wochen hat sich dieses Verhältnis verschoben und zwar ist die sogenannte internationale Valuta der deutschen Valuta nach dem amerikanischen Börsen übergegangen, so daß sich jetzt Amsterdam nach Amerika richtet, während es bisher umgekehrt war. In Sachverständigenkreisen führt man diese Tatsache darauf zurück, daß der Einfluß der in Amerika lebenden fast 24 Millionen Staatsangehörigen, die in Deutschland, England oder in anderen Mittelmächten geboren oder leben, Länder entkommen, sowie ferner die Aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika in erheblichem Maße dazu beigetragen habe, die amerikanischen Interessen an Deutschland zu erhöhen. Diese sind bereits heute viel stärker als die deutsch-holländischen Interessen und werden auch in nächster Zeit noch eine weitere Ausbreitung erfahren. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die in Amerika erfolgenden Marktkäufe zur Beförderung der deutschen Valuta geführt haben. Man nimmt an, daß diese Beförderung sehr erheblich wird, weil Amerika die Führung auf dem Finanzmarkt nun in Händen hat.

Dem Fallen der Auslandswährungen ist inzwischen ein geringes Steigen gefolgt. So ist der französische Frank, der bis 2,80 Mark gefallen war, in Berlin am 14. J. wieder auf 3,00 Mark, der Dollar von 45 Mark Tiefstand auf 50,50 Mark, das Pfund von 180 Mark auf 237 Mark, der holl. Gulden von 17,30 Mark auf 22,75 Mark gestiegen.

Der Völkerbund.

Die Entwaffnung Deutschlands. In Paris fand zwischen Churchill und Asquith eine wichtige Besprechung statt über die technischen Mittel zur Ausführung der Bestimmungen des Versailles Vertrages in bezug auf die Ablieferung und Zerstörung von Munition sowie des deutschen Kriegsmaterials, insbesondere das der Artillerie. Der Konferenz wohnte Marshall Koch bei. Es wurde eine völlige Einigung erzielt über die grundlegenden Punkte und über die Notwendigkeit, die Zahl der französischen und britischen Offiziere, die sich bei der internationalen Kontrollkommission in Deutschland mit dieser Arbeit beschäftigen, zu erhöhen. — Der französische Kammerpräsident für auswärtige Angelegenheiten hat sich unter dem Vorhild von Louis Barthou mit der Besetzungsfrage beschäftigt und eine Denkschrift über die Entwaffnung Deutschlands seiner Unterkommision für den Friedensvertrag von Versailles überreicht lassen.

Wirtschaftliche Weltkonferenz. Der New York Courant meldete aus London, daß 40 der führenden Staaten der Welt zur Teilnahme an der Konferenz, die Anfang Mai in Brüssel stattfinden soll, aufgefordert werden sollen. Man hofft, daß Amerika sich ebenfalls beteiligen werde. Es soll über die Handelskredit und die Währungsfragen beraten werden. Einmalig Standard zufolge werde jedes teilnehmende Land verpflichtet, der Konferenz sein Budget und seine vollständige Debit- und Kreditlage sowie seine besonderen Finanzschwierigkeiten mitzuteilen.

Der Freistaat Danzig hat keine Existenzfähigkeit. Der Oberkommissar des Völkerbundes Sir Reginald Doherty hat es zugegeben. Er gab selbst die Möglichkeit zu, daß es mit der Freistaatsherlichkeit Danzigs zu Ende sein könne. Als Beauftragter der verbündeten Mächte sei er schließlich verpflichtet, zu berichten, daß bis jetzt nichts Rechtes aus der Bemühung herausgekommen sei, dem Reichs-

freistaat zu einem selbständigen, gedeihlichen Dasein zu verhelfen. Der Oberkommissar erklärte, er habe nichts dagegen, wenn der Inhalt der Unterredung der Danziger Bevölkerung bekannt werde. — Aus Paris wird gemeldet, daß der Völkerratsrat, nachdem er sich Sonntags früh versammelt hatte, noch einmal am Sonntag nachmittag getagt hat. Vier Fragen standen auf der Tagesordnung, als erste die über die Verwaltung von Danzig. Der Völkerratsrat übernimmt nach dem nach kurzer Verhandlung gefassten Entschluß das ihm angebotene Mandat über Danzig, aber unter der Bedingung, daß dieser Mandat durch eine neutrale Macht ausgeübt wird.

Oesterreich — Italien.

In den Besprechungen mit Staatskanzler Dr. Renner hat Ministerpräsident Nitti den Deutschen Südtirol die Gewährung einer besonderen Selbstverwaltung für das Obertal zugesagt. Das ist ein bedeutender politischer Erfolg der Kommission der österreichischen Minister, der allerdings die Südtiroler Frage nicht erledigt, aber doch viel dazu beitragen wird, den deutschen Charakter des Landes zu wahren. In Wiener Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß diese Lösung der Selbstverwaltungsfrage in Südtirol nur einen Anfang in der Annäherungspolitik Rom zu dem Deutschland überhaupt bedeutet. Renner und Nitti stellten in ihren Besprechungen die Uebereinstimmung der Interessen von Italien und Oesterreich fest. Die italienische Regierung wünscht mit allen Mitteln am Wiederaufbau der Nachbarrepublik mitzuarbeiten. Nach Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen finden verschiedene Konferenzen der Handelsminister der beiden Länder sowie von Sachverständigen statt. Die italienische Regierung schreibt diesem Besuch hohe Bedeutung zu, da er zum Beginn neuer freundschaftlicher Beziehungen und guter Nachbarschaft mit dem österreichischen Volk überleite.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Rücktransport der Zivilgefangenen. Durch die zuständigen deutschen Behörden und das internationale Rote Kreuz sind neue Maßnahmen im Gange, um die letzten, bisher noch nicht zurückgeführten deutschen Zivilgefangenen aus den früheren feindlichen Ländern heimzuschaffen. Zur Ergänzung des vorliegenden amtlichen Materials werden alle Angehörige aufgefordert, von den deutschen Zivilgefangenen, die noch nicht zurückgeführt sind, sofort die genaue letzte Adresse (Kriegsgefangenenlager, Bezeichnungsort usw.) der Gefangenen möglichst genau mit den Personalien (Vor- und Zuname, Alter, Beruf, Wohnort vor dem Krieg) dem Reichswanderungsamt Berlin W. 8, Wilhelmstraße 71, mitzuteilen und zugleich anzugeben, wann die letzte Nachricht aus Gefangenschaft kam. Diese Mitteilungen sollen auf Postkarten erfolgen und mit der Bezeichnung Kriegsgefangenenfindung versehen portofrei mit Ausnahme des Stadtkreises Berlin befördert werden.

Deutschland.

Die neue Putzbestrebungen, hinter denen der fleißigste General Lüttich und Major Bischoff stehen sollen, werden von der B. J. angekündigt. Der Putz soll von Franzburg in Pommern ausgehen. Man wolle aber erst die Reichstagswahlen abwarten. Kommt dabei eine neue Mehrheit für die jetzigen Regierungsparteien zustande, so solle der Staatstreich aufs neue verurteilt werden. Man beabsichtigt dann, unverzüglich eine neue Militärdiktatur zu errichten, die Pressefreiheit völlig aufzuheben und überhaupt launisch vorzugehen. Den Ausdruck des neuen Generalstreiks habe man in Rechnung gestellt und erwartet, daß dieser nach verhältnismäßig kurzer Frist in sich zusammenbrechen werde. Man glaubt dann, das Bürgertum, das vor einem Generalstreik eine übertriebene Furcht habe, gewinnen und die Produktion durch Arbeitszwang in lebhaften Gang bringen zu können.

Der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung trat am 14. April zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, in welcher die Vernehmung des Grafen Bernstorff und des Generals Papen stattfinden sollte.

Vorläufig kein Wiederaufbauminister. Wie wir hören, wird der Posten des Wiederaufbauministers bis auf weiteres nicht besetzt. Es hat sich als unmöglich erwiesen, für das jetzige Übergangsministerium eine bestimmte Persönlichkeit zu finden.

Der Ausnahmezustand. Der Reichswehrminister geht von der Überzeugung aus, daß die militärischen Befehlshaber nach Möglichkeit von politischen Geschäften entlastet werden müssen. Diese Anschauung entspricht der vom Reichsminister des Innern seit langem vertretenen Auffassung. Der Reichspräsident ordnete nunmehr auf den Vortrag der beiden Minister hin an, daß die Handhabung des Ausnahmezustandes überall da, wo nicht offener Aufruhr herrscht, in die Hand der Zivilbehörden zu legen ist. Als Regierungskommissare sollen zukünftig Personen tätig sein, die vom Reichsminister des Innern ernannt werden. Die Reichsregierung ist überzeugt, daß ihr Vorgehen zu einer wesentlichen Entspannung der Lage beitragen werde. Wo die völlige Verhinderung der Bevölkerung eingetreten ist, wird der Ausnahmezustand völlig beseitigt werden.

Das Reichswahlgesetz im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wurde in der Einzelbesprechung des Reichswahlgesetzes in prinzipieller Abstimmung der Grundsatze angenommen, daß die Wahlkreise erst auf Reichsliste, und der dann verbleibende Rest auf die Reichsliste übertragen werden sollen, ferner, daß bei der Reichsliste und auch bei den Verbandslisten Beschränkungen gegenüber den kleinen Gruppen vorgenommen werden sollen. An der Zahl von 80000 Stimmen für einen Abgeordneten wurde festgehalten, dagegen die Einführung der Wahlkreisabteilung, weil es zur Zeit nicht angängig sei; die Durchführung des in der Vorlage vorgeschlagenen Prinzips der Wahlkreisabteilung (kleinere Kreise zu je 3 bis 5 Abgeordneten) wurde abgelehnt. Für die Einteilung der Wahlkreise wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, dem je ein Mitglied jeder Partei angehören soll.

Die preussische Landesversammlung wird voraussichtlich am 20. d. M. zusammenreten. In erster Linie wird der neue Tagungsabschnitt der Verabschiedung der Verfassung dienen, mit deren erster Lesung das Land sofort nach Wiederaufbau beginnt. Einige Ausschüsse werden noch im Laufe dieser Woche ihre Arbeiten wieder aufnehmen.

Die schwere Erkrankung der Kaiserin. Das Befinden der Kaiserin Auguste Viktoria, die bekanntlich schon seit Jahren an Herzbeschwerden leidet, hat sich in der letzten Zeit wieder in einer besonders besorgniserregenden Weise verschlimmert. Zu dem Herzleiden hat sich auch noch ein Nierenleiden gesellt. Die Kaiserin läßt das Bett. Der Kronprinz ist auf die Mitteilung der Verschlechterung des Zustandes seiner Mutter von Wieringen nach München gereist. — Nähere Mitteilungen sind in Berlin bisher nicht eingetroffen; auch die in Potsdam wohnenden Söhne des Kaiserpaars sind über den Gesundheitszustand ihrer Mutter nicht genau unterrichtet.

Interalliierte Heberwachsungsmission. In der Mitte nächster Woche kommt eine Entente-Kommission für längere Zeit nach Düsseldorf. Sie besteht aus 15 Offizieren, darunter 12 Engländer, die übrigen drei sind Franzosen. Hinzu kommt noch die Mannschaft. Die Aufgabe der Kommission ist, die Düsseldorf Industrie zu überwachen, damit sie nur Friedensartikel herstellt.

Spartakistische Schandtat.

Nach einer Meldung des Berliner Lokalan. aus Essen sind, wie von militärischer Seite aus Damborn gemeldet wurde, 17 völlig entkleidete Leichen nach einem menschenlichen Mordfall auf eine Gruppe Reichswehr eingeliefert worden. Es waren zum größten Teil Reichswehrangehörige, die lebend in Gefangenschaft geraten waren.

Die Vorgänge in Pommern.

Die Regierung teilt in einer Besprechung von Pressevertretern mit, daß sie über die Vorgänge in Pommern unterrichtet sei und alle Vorkehrungen getroffen habe. Die Deutsche Allgemeine Zeitung hat von eingeweihter Seite Mitteilung erhalten, wonach die Behauptung unzutreffend ist, daß der General von Lüttich und der Major von Bischoff sich in Pommern befinden. Die Sicherheitspolizei sei in den letzten Tagen in Pommern sehr verstärkt worden und eine Verordnung dränge nochmals auf strengste Durchführung der Waffenabgabe. Die Lage sei dauernd als ernst anzusehen. Aber gerade weil man sich darüber an den zuständigen Stellen gar keiner Täuschung hingeben könne, könne das Urteil dahin zusammengefaßt werden, daß eine Putzgefahr nicht vorliegt.

Zur Ergänzung dieser Mitteilung sei auf eine Äußerung des Reichswehrministers Gessler in der Sitzung der Nationalversammlung verwiesen, wonach die bei der Regierung einlaufenden Nachrichten aus Pommern äußerst ernst sind.

Unsoziale Steuerpolitik.

Von Geheimen Medizinalrat Prof. Dr. Schloßmann Mitglied der preussischen Landesversammlung.

Die Würfel sind gefallen: die Nationalversammlung hat den Gesetzentwurf über die Reichseinkommensteuer in dritter Lesung verabschiedet. Trotzdem erscheint es angebracht, vom sozialen, bevölkerungspolitischen und sittlichen Standpunkt eine Reihe von Bedenken hervorzuheben, die bei der Beratung des Gesetzes keine Berücksichtigung gefunden haben. Die ursprüngliche Regierungsvorlage sah vor, daß von jedem Einkommen 1000 Mk. von der Besteuerung frei bleiben sollten. Das steuerfreie Einkommen sollte um 500 Mk. für die erste, um weitere 300 Mk. für jede weitere zur Haushaltsführung zählende Person des Steuerpflichtigen erhöht werden. Durch den Steuerausgleich der Nationalversammlung sind diese Sätze geändert worden: statt 1000 Mk. bleiben jetzt 1500 Mk. für den Haushaltsvorstand steuerfrei. Für die Hausfrau 500 Mk. für jedes zu der Haushaltsführung gehörige Kind ebenfalls 500 Mk.

Demgegenüber war zunächst zu verlangen, daß für die Ehefrau ein ebenso hoher Satz steuerfrei gesetzt wird, wie für den Ehemann. Verfährt man anders, so setzt man geradezu eine Prämie auf das Zusammenleben in wilder Ehe. Ein Beispiel lehrt, wie das gemeint ist:

Ein Paar lebt in wilder Ehe. Beide Teile sind gleichmäßig mit einem Einkommen von je 3000 Mk. an dem Aufbringen der für den gemeinsamen Haushalt nötigen Mittel beteiligt. Von dem Einkommen von 3000 Mk. kann jeder Teil 1500 Mk. in Abzug bringen. Es bleiben somit von jedem von den Beiden 1500 Mk. zu versteuern. Mit 155 Mk. jährlich entrichtet das Paar somit 310 Mk. Steuer. Kommt es nun auf den naheliegenden Gedanken, seine Verbindung zu legalisieren, so sind nunmehr für den Ehemann 1500 Mk. für die Ehefrau nur 500 Mk. von dem Einkommen in Abzug zu bringen. Das steuerpflichtige Einkommen beläuft sich dann auf 4000 Mk. die jährlichen Steuerbeträge auf 460 Mk. Der Weg zum Standesamt hat also eine jährliche Mehrbelastung von 150 Mk. an Steuern zur Folge. Ob derartige gesetzliche Maßnahmen zur Minderung der Ehescheu beitragen, scheint mir mehr als fraglich.

Sollte man auf dem allgemeinen Boden der Vorsätze bleiben, so müßte meines Erachtens der steuerfrei bleibende Betrag für den Ehemann und die Ehefrau gleichhoch sein und für jedes Kind die Hälfte mehr betragen, als vorgeschlagen ist, also nach den jetzigen Sätzen, wie sie der Steuerausgleich festgelegt hat, für Mann und Frau je 1500 Mk. für jedes Kind 750 Mk.

Dann wäre z. B. zu zahlen:

	Höhe des Einkommens Mk.	Darvon steuerfrei Mk.	Zu versteuern Mk.	Steuer Mk.
Ledige	8 000.— 20 000.—	1 500.— 1 500.—	4 500.— 18 500.—	630.— 3 050.—
Verheiratete ohne Kinder	6 000.— 20 000.—	3 000.— 3 000.—	3 000.— 17 000.—	330.— 3 050.—
Verheiratete mit 2 Kindern	6 000.— 20 000.—	4 500.— 4 500.—	1 500.— 15 500.—	165.— 2 675.—
Verheiratete mit 4 Kindern	6 000.— 20 000.—	6 000.— 6 000.—	— 14 000.—	— 2 310.—

Auf diese Weise würde die Besteuerung schon eher bevölkerungspolitisch erträglich sein. Um den gleichen Betrag aus der Steuer herauszuholen, müßte freilich der steuerfrei bleibende Betrag überhaupt sowohl für den Ehemann wie für die Ehefrau herabgesetzt werden.

Noch richtiger wäre es freilich, man würde endlich einmal gründliche Arbeit machen und die Besteuerung flächendeckend auf Grund des Betrages, der auf jeden einzelnen Kopf kommt, der von dem zu versteuernden Einkommen unterhalten wird. Die Besteuerung der Lebensbedürfnisse macht das heute nötiger als je. Die Besteuerung der Nahrungs- mittel, der Kleidung, aller Dinge, die zum Leben gehören, wirkt ja nach Art einer Kopfsteuer und zwar einer überaus drückenden Kopfsteuer. Dem müßte die Steuererhebung Rechnung tragen. Ein Lediger hat beispielsweise 6000 Mk. Einkommen. Dann wird von ihm eine Steuer auf Grund eines Einkommens von 6000 Mk. zu erheben sein. Ein kinderloses Ehepaar mit 6000 Mk. Gesamteinkommen wird besteuert, als ob das Einkommen 3000 Mk. beträgt. Sind zwei Kinder vorhanden, so wird die Steuer auf Grund eines Einkommens von 6000 Mk. : 4 = 1500 Mk. erhoben. Bei drei Kindern 6000 Mk. : 5 = 1200 Mk. Natürlich müßten dann die Steuerbefreiungen auch für niedrige Einkommen entsprechend höher eingesetzt werden, um aus der Gesamtbesteuerung die gleichen Einnahmen für den Staat herauszuholen, wie bei den jetzigen Vorschlägen. Also: Besteuerung auf Grund des Einkommensbetrages, das auf jeden Kopf kommt, der von diesem Einkommen leben muß. Das ist eine sozialpolitisch gerechte und sittliche Art der Besteuerung.

Verkehr.

Wettbewerbsbereich der Postwertzeichen. Aus Anlaß des bevorstehenden Uebertrags der obersten Postverwaltung auf das Reich gelten vom 1. April an die seither im Reichspostgebiet und in Württemberg verwendeten Postwertzeichen auch in Bayern. Die Postanstalten in Bayern werden vom gleichen Tage an vorläufig bayerische Postwertzeichen mit dem Ueberdruck „Deutsches Reich“ ausgeben, die ebenfalls im ganzen Reichsgebiet zur Freimachung von Sendungen benutzt werden können. Bayerische Postwertzeichen ohne diesen Vordruck sind bis auf weiteres noch insoweit zur Freimachung gültig, als sie sich auf Sendungen aus Bayern befinden.

Frühgemüseimport.

Die Frühgemüseimport aus Holland, für die nach den bisherigen Ermittlungen der Reichsstelle ein sehr erheblicher Bedarf besteht, soll unter einigen aus Valutarückichten unerlässlichen Einschränkungen grundsätzlich dem freien Handel überlassen werden. Die Reichsstelle geht hierbei von folgenden Erwägungen aus:

Da das Frühgemüse außerordentlich leicht verderblich und im allgemeinen zum Konfervieren nicht geeignet ist, werden die deutschen Händler davon nur soviel einführen, als sie innerhalb kürzester Zeit unterzubringen vermögen. Ebenso werden die holländischen Exporteure, sofern der Verkauf in Deutschland auf ihre Rechnung und Gefahr stattfindet, nicht mehr Ware nach Deutschland schicken, als dort ohne Schwierigkeit abgesetzt ist. Als Beschränkungen sind deswegen lediglich vorgesehen:

1. Die Reichsstelle bestimmt im Voraus, welche Arten von Frühgemüse überhaupt zur Einfuhr gelangen dürfen und während welcher Zeiträume. Dadurch soll die Einfuhr von Luxusgemüse und von unwirtschaftlich teurerer Erzeugnisse verhindert werden.

2. Die Einfuhr wird nur unter der Bedingung genehmigt, daß die Ware ausschließlich in Konnotation (Kommunikation) ohne Preislimit geliefert wird.

3. Da die deutschen Händler ihren Bedarf an ausländischem Frühgemüse mit Rücksicht auf die wechselnden Zufuhren an Inlandsware im Voraus auch nicht annähernd angeben vermögen, wird die Einfuhr im Interesse größter Betrugssicherheit des Verfahrens nicht von Berlin aus, sondern durch den holländischen Delegierten der Reichsstelle für Gemüse und Obst den Haag konsularisch (Präambuliert: Omega Den Haag) vermittelt werden, der eine sachliche Entscheidungsbefugnis hat, sondern nur prüfen muß, ob die beantragte Gemüseart zur Einfuhr zugelassen ist.

Der deutsche Händler hat also keinen Einfuhrantrag an die Reichsstelle für Gemüse und Obst oder deren holländischen Delegierten oder eine sonstige Stelle zu richten. Vielmehr muß er sich ausschließlich mit seinem holländischen Lieferanten (Kommittenten) ins Benehmen setzen. Der holländische Lieferant hat sich dann mit seinem Einfuhrantrag an den Delegierten der Reichsstelle für Gemüse und Obst im Haag zu wenden und dort die Einfuhrbewilligung nachzusuchen. Dabei muß angegeben werden:

- a) Firma und Sitz des holländischen Exporteurs,
- b) Zahl der beantragten Bahnwagen, gesondert für jede einzelne Gemüseart und jede Grenzübergangsstation. Sofern in einem Wagen verschiedene Gemüsearten verpackt werden, muß dies gleichfalls vermerkt werden.
- c) Die Zeiträume, innerhalb deren die Einfuhr der einzelnen Wagen erfolgen soll.

Dagegen ist keine Mitteilung darüber erforderlich, an welche Empfangsstellen in Deutschland die Ware geschickt werden soll. Vielmehr wird die Bewilligung für die Einfuhr an beliebige deutsche Empfänger erteilt.

4. Diese Regelung tritt mit dem 12. April 1920 in Kraft und gilt vorläufig bis zum 15. Juli 1920.

5. Die Reichsstelle behält sich vor, die Einfuhr jederzeit zu sperren oder schärferen Bedingungen zu unterwerfen, sobald sich herausstellen sollte, daß das holländische Frühgemüse nicht preisdrückend auf den deutschen Markt wirkt, sondern Preise erzielt, die als unvereinbar mit einer gesunden deutschen Wirtschaftspolitik angesehen werden müssen.

Soziales.

Ueber die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenversorgung und über die bestehenden Organisationen herrscht vielfach noch große Unklarheit, da die Organisationen durchweg noch sehr jung sind, und weil die Erörterungen in Presse und Öffentlichkeit zuweilen irreführend wirken. Einige Organisationsversuche, wie man uns schreibt, neben ihrem ausgesprochenen Zweck auch noch Nebentendenzen, die geeignet sind, das Ansehen der Organisation zu schwächen und die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen für parteipolitische und andere Zwecke einzuspannen. Eine parteipolitisch neu-

nahe Organisation ist der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen, Reichsgeschäftsstelle Berlin R. 8, Luisenstr. 31 b. Der Zentralverband wurde am 1. Oktober 1919 durch Verschmelzung von drei bestehenden Vereinigungen gegründet. Er ist über ganz Deutschland verbreitet und hat in ganz Deutschland Landesverbände und Ortsgruppen sowie auch zahlreiche Einzelmitglieder. In der Öffentlichkeit und bei den Behörden erfreut sich der Zentralverband infolge seines energischen und sachlichen Auftretens höchsten Ansehens und er nimmt an Zahl der Mitglieder und Ortsgruppen ständig rasch zu. Allen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen kann der Beitritt zum Zentralverband nur empfohlen werden. Sie finden hier eine energische Interessenvertretung und sachverständige Beratung in allen ihren Angelegenheiten. Auf Wunsch versendet die obengenannte Reichsgeschäftsstelle jederzeit aufklärendes Material.

Kunst und Wissenschaft.

Von der neuen Polarexpedition Amundsen. Roald Amundsen Bruder Leon erhielt folgendes Washingtoner Telegramm: „Die Maud überwintert bei den Kroninseln, 120 Meilen östlich vom Kolymafluß in Sibirien. Alles wohl. Töffein und Knudsen verließen unser erstes Winterquartier bei Tscheljuskin in der ersten Hälfte Oktober 1918 und kamen glücklich zurück. Amundsen mußte wegen des Radeises bereits im Oktober 1918 bei Tscheljuskin (dem auf 77 Grad 43 Min. nördlicher Breite gelegenen nördlichsten Punkt des gesamten asiatischen Festlandes) überwintern. Erst im Sommer 1919 konnte die Expedition weitergehen, aber wegen des Treibeises nicht vorwärtskommen.“ — Professor Hansen erklärte dazu: „Zwei Mitglieder der Expedition, die das Fahrzeug zusammen verließen, sind in Sibirien eingetroffen. Das Nachrichten von ihnen fehlen, dürfte in den dortigen Kuraren begründet sein.“ Nach Hansens Ansicht können die Nachrichten vom andern Überwinterungsort durch Komaden gebracht worden sein, welche die Mitteilungen über den Veringrund nach Alaska brachten, von wo sie nach Washington weitergeleitet wurden.

Vermischte Nachrichten.

Man muß eine Zeitung lesen. In dem Dorfe E. bei Landsbut lebte ein Bauer, ein Feind jedes Zeitungslesens. Vor einiger Zeit segnete eines seiner Pferde das Zeitliche. Er mußte wieder geschlachtet werden. Er wurde mit seinem Freunde, einem Pferdehändler, über einen Fuchs für 8000 Mark einig. Der eijigen Unsicherheit wegen hatte der Bauer das Geld nicht mitgebracht, und der Pferdehändler fuhr mit seinem Gespann und dem gekauften Pferd nach für 8000 Mark einig. Der jetzigen Unsicherheit wegen hatte leider kein Papiergeld mehr, ob er Silbergeld möchte. Darob machte der Händler ein verdurtes Gesicht; das Silbergeld hätte jetzt seinen Wert verloren, aber er hätte einen guten Bekannten bei der Reichsbank, er würde es wohl noch einmal annehmen. Also zahlte der Bauer den Kaufpreis von 8000 Mark in Silber, ohne sich bewusst zu sein, daß er ein Vermögen fortgab, denn da er aus Sparfamkeitgründen schon lange keine Zeitung mehr gehalten hatte, konnte er von der enormen Wertsteigerung der Goldmünze und der geprägten Münzen keine Ahnung haben.

Der älteste Mann der Welt. Natürlich machen die Amerikaner den Anspruch darauf, den ältesten Mann der Welt unter sich zu haben, und zwar wird von den Vätern als der moderne Methusalem ein gewisser John Hall aus Tennessee genannt, der auf ein Alter von 131 Jahren zurückblickt. Von einem Türken aber, der behauptet, noch älter zu sein, berichtet der englische Major Road, der sich gegenwärtig in Konstantinopel befindet und unter seinen Mitarbeitern einen Mann aufweisen kann, der 144 Jahre alt ist. Dieser Greis, namens Zorro, kann glaubwürdig nachweisen, daß er bereits auf 144 Lebensjahre zurückblickt. „In der Arbeitergruppe, die ich beaufsichtige“, erzählt Road, „hätte ich auch den Enkelsohn dieses Mannes und zugleich noch den Enkel dieses Enkels, einen Jungen von 16 Jahren. Zorro hat in seinem Leben nie geraucht und auch nie den dem Rauschmanu verbotenen Alkohol getrunken, aber er ist ein leidenschaftlicher Kaffeetrinker und fürchtet, durch den Genuß dieses Reizmittels in ein frühes Grab zu sinken. Er ist der Älteste und größte der ganzen Arbeiterzunft von 140 Mann und leistet mehr als sonst der durchschnittliche Arbeiter. Er erzählte mir, daß er gern für die Briten arbeite, aber er habe leider dazu keine Gelegenheit gehabt — seit den Tagen des Krimkrieges.“

Die vier Hauptgewinne von je 1 Million Mark der Deutschen Sportprämienanleihe fielen in der Ziehung vom 27. März auf die Gruppe 14 15, Nr. 250, Reihe a bis d, und die vier Hauptgewinne von je 500 000 Mark auf die Gruppe 1305, Nr. 47, Reihe a bis d. Die Millionengewinne wurden an das Publikum durch die Preussische Staatsbank, die Diskonto-Gesellschaft, die Dresdener Bank und Delbrück, Schüller u. Co. abgesetzt. Ein Teil verblieb in Berlin, während die drei anderen in die verschiedenen Gegenden Deutschlands fielen. Mit den vier Hauptgewinnen von je 1 000 000 Mark ist hauptsächlich Süddeutschland bedacht worden.

Kirchendiebstähle. Wenn verzeihen Einbruch haben Diebe nachts in den französischen Dom am Gendarmenmarkt in Berlin ausgeführt. Die Einbräuler hatten es auf die wertvollen Silbergeräte des alten Domes abgesehen. Diese vermuteten sie in einem Geldschrank, den sie vergeblich zu öffnen versuchten. Die Diebe hielten sich aber vergeblich zu öffnen versuchten. Die Diebe hielten sich daher an Decken und Vorhängen schadlos. Die Gesamtbeute hat einen Wert von mehr als 20 000 Mk. — Bei einem Einbruch in die Domkirche in Cammin in Pommern fiel den Kirchenräubern u. a. ein äußerst wertvolles Kreuz aus dem 14. Jahrhundert in die Hände. Es handelt sich um eine Silberarbeit von Wauker, die neben ihrem Metallwert auch einen hohen geschichtlichen und Altertumswert besitzt. Die silberne Figur ist von dem Ebenholz losgebrochen worden. Auf die Wiederherstellung des Kreuzes ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt worden. — In Burg bei Magdeburg erlitten Diebe mit Steigjähren im Inneren der Oberkirche die Türme und stahlen von der Wetterfahne die goldene Spitzenverzierung sowie die

Platinspitzen des Blitzableiters. Auch die große Turm-Lugel, in der sie alte Münzen vermuteten, stahlen sie. Die Metallbeute beträgt nach heutigem Wert etwa 90 000 Mark.

Brandschaden. Ein Teil der Harmedörfer Papierfabrik ist, wie aus Hirschberg gemeldet wird, niedergebrannt. Der Schaden beträgt über 1 Million Mark.

Vom Wügerlich.

Richard Voß, der Verfasser des berühmten Werkes „Zwei Menschen“, hat, wie wir hören, Lebenserinnerungen hinterlassen, denen er den Titel „Aus einem phantastischen Leben“ gab und die demnächst im Verlag von J. Engelhorn's Nachf. in Stuttgart erscheinen werden. Das Buch wird für die jetzt nach Hunderttausenden zählende Gemeinde des Dichters und für weite Kreise des geistigen Deutschland eine große und schöne Uebersetzung sein; es deckt sich wohlwollend von der Art politischer und militärischer Memoirenwerke ab. Durch die Schilderung von Richard Voß gewinnt das geistige, künstlerische und gesellschaftliche Deutschland der Jahre 1870—1914 ein ganz neues Gesicht, es zeigt sich als ein seiner Sendung bewußtes und immer noch überreiches Land; diese Erinnerungen sind ein zeitgeschichtliches und kulturgeschichtliches Dokument ersten Ranges, zugleich das schönste Denkmal für den Menschen Richard Voß.

Baumblüte.

Die Zeit der Baumblüte ist gekommen. Schon legt er sein blühendes, weiches Spitzenkleid an, der jungfräuliche Apfelbaum, und bald wird auch der Apfelbaum Toilette machen und zum Frühlingsfeste sein gearbeitetes Leinwandkleid vor der Welt sehen lassen. „Schneeweiß und Rosenrot“, nennt man's. Statt der kalten, winterlichen Klode wird es dann warme Blütenblätter schneien, daß die prächtig eingekerkerte Obstbaum-Welt hellenweise mit Spren überzogen ist! Mit der Baumblüte beginnt die schönste Zeit des Jahres. Sind die Obstbäume verblüht, so steht der Laubbaum in seine weißen, gelben und roten Prunkkerzen auf, duftende Blumentrauben schmücken die Sträucher des Gartens, bis sich die Rosenblüte einstellt und die Linden duften. So nimmt das Frühlingsfest so bald ein Ende. Wir sollen diese herrliche Zeit aber auch „ausnützen“. Gerade in den nächsten Wochen offenbart sich die Welt in jungfräulicher Anmut. Hinaus denn mit Kind und Kegel, über Wiesen und Wälder, durch Täler und Höhen! Erst, wenn Kinderfang und Kinderlachen durchs Gelände schallen, daß die weißen Kleider gleich Festkleidern zum Frühlingsfeste zwischen dem saftigstehenden „Grünen und Blauen“ flattern und winken, ist das Bild der Landschaft vollständig. Und es verkohnt sich wirklich, der Jugend reichlich Gelegenheit zu bieten, die Lustbarkeit der schönen Tage zu genießen! Denn der Aufenthalt in der reinen Luft verleiht dem jungen Leber (in Begleitung der so vielseitigen Bewegung beim Spazierengehen) nicht nur ein frisches, gesundes Aussehen, sondern ist einer guten körperlichen wie geistigen Entwicklung von größtem Vorteil! Je enger wir uns an die Natur schließen, um so gesünder werden wir an Leib und Seele auch sein!

Nachträgliche Beförderung.

Das Abwicklungsamt des 18. Armee-Korps in Bad Nauheim, das am 1. 4. 20 nach Darmstadt verlegt wurde, teilt mit, daß die aus Kriegsgefangenschaft (Internierung) zurückkehrenden Unteroffiziere und Mannschaften, soweit sie im Bereiche des früheren 18. A.-K. ihren Wohnsitz haben, Anträge auf nachträgliche Beförderung unmittelbar dem Abwicklungsamt einreichen können. Dabei ist anzugeben, welcher Formation, insbesondere welcher Kompanie v. u. der Abwicklungsstelle bei der Gefangennahme angehört, wann und wo er in Gefangenschaft geraten ist, wann die Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft (Internierung) erfolgte, wann und in welchem Durchgangslager die Entlassung stattgefunden hat, welche Nummer der Entlassungsschein trägt. Etwa vorhandene Bescheinigungen der Feldbezugsstellen (auch Zeugnisse oder Briefe derselben), sind in beglaubigter Abschrift beizufügen, namentlich wenn Beförderung zum nächsten planmäßigen Dienstgrad beantragt wird. Diese kann nur dann ausgesprochen werden, wenn Auszeichnung vor dem Feinde, also eine vor dem Feinde unter Lebensgefahr ausgeführte hervorragende Tat nachgewiesen wird. Eine Beförderung zum nächsthöheren Dienstgrad kommt außer wegen Auszeichnung vor dem Feinde nur noch auf Grund der Dienstzeit in Frage, also nur für Unteroffiziere nach 5-jähriger Dienstzeit zum Sergeanten oder nach 6-jähriger Dienstzeit zum Stabsfeldwebel (Stabswachtmeister). Kriegsjahre werden bei Berechnung der Dienstzeit nicht doppelt gerechnet. In allen anderen Fällen kommt nur eine überzählige Beförderung zum nächsthöheren Dienstgrad (also z. B. für Unteroffiziere nur zum überzähligen Sergeanten) in Frage. Vorbedingung dafür ist neben der Weizmannheit und Tüchtigkeit, daß die Beförderung während des Krieges bei der Truppe lediglich aus Mangel an planmäßigen Stellen nicht erfolgen konnte. Militärpässe sind nicht beizufügen. Das Abwicklungsamt wird bei den zuständigen Abwicklungsstellen die Kriegskammern-Ausweise selbst anfordern, und die Anträge von den zuständigen Abwicklungsstellen prüfen lassen.

Die Vergütung der in Elß-Lothringen erwachsenen Kriegsschäden, Liquidations- und Verdrängungsschäden.

Nachdem durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 20. November 1919 zur Feststellung der in Elß-Lothringen erwachsenen Kriegsschäden in einer Reihe von Städten Ausschüsse eingesetzt worden sind, hat nunmehr auch der in Trier errichtete Feststellungsausschuss nach inzwischen erfolgtem Einverständnis der hohen Interalliierten Kommission seine Tätigkeit aufgenommen.

Die Geschäftsräume des Ausschusses sowie des dem Ausschuss zugewiesenen Reichskommissars befinden sich in Trier, Theodorstraße 30.

Zum örtlichen Geschäftsbereich des Feststellungsausschusses gehören vorläufig die gesamten besetzten Linke-

rheinischen Gebiete sowie die rechtsrheinischen Brückenköpfe.

Die sachliche Zuständigkeit des Ausschusses umfaßt:

1. Die Feststellung der den derzeitigen Bewohnern der vorbezogenen Gebiete in Elß-Lothringen erwachsenen Kriegsschäden nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1916, sowie
2. die Gewährung von Vorschüssen auf Ersatzleistungen für Liquidationsschäden, von Beihilfen für Verdrängungsschäden und von Unterstützungen nach Maßgabe der von der Reichsregierung erlassenen Richtlinien vom 8. Januar 1920 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 16).

Die Anmeldung der Kriegsschäden hat unter Benutzung der hierfür bestimmten Vordrucke, die von dem Feststellungsausschuss kostenfrei abgegeben werden, bei dem Reichsminister des Innern, Abteilung für Elß-Lothringen, Berlin, Wilhelmstraße 72, zu erfolgen. An die gleiche Stelle sind die Anträge auf Gewährung von Vorschüssen, Beihilfen und Unterstützungen für Liquidationsschäden und Verdrängungsschäden zu richten.

Aus dem Unterlahnkreis.

Die Gesellenprüfung im Bäckereihandwerk bestanden vor der Prüfungskommission in Diez unter Vorsitz des Schlossermeisters Jakob Meich: Karl Oden, Heinrich Müller (Wienbach), Ludwig Wolff (Horbach), Emil Steinborn (Schönborn), Karl Wölkel (Gramberg) alle mit gut.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Heinrich Bötel weilt wieder einmal in Bad Ems, dessen Kurort er bereits in vielen Jahren benutzt hat. Der Künstler, dessen glänzende Karriere als Tenor noch in allgemeinen Gedanken ist, lebt jetzt in Hamburg.

Jubiläum. Am heutigen Tage sind es 30 Jahre, daß Fräulein Lina sich im Hause der Familie Treis, früherer Schlosser zur Krone hier, jetzt Siegen i. Westf., beschäftigt ist. Ein festliches Zeichen treuer Pflichterfüllung und guten Einvernehmens, was durch Verleihung des Verdienstkreuzes für 25-jähr. Dienste vor einigen Jahren ebenfalls zum Ausdruck gebracht wurde.

Die Gesellenprüfung im Bäckereihandwerk bestand Karl Meich, hier mit dem Prädikat „Gut“.

Der Arbeiterbildungsausschuss veranstaltete am Dienstag seinen dritten Vortragsabend. Eisenbahnbediensteter Britsch sprach über das Thema: Das Verkehrswesen und seine wirtschaftliche Bedeutung. Der Vortragende schilderte zunächst die verschiedenen unmittelbaren Verkehrsmittel im Welt-, wie Landes- und Nahverkehr, wie Schiffe, Bahnen, Automobile, Fahrräder, Straßenbahnen, Kraftfahrzeuge und als neueste die U-Boote. Diese ergänzen die mittelbaren Verkehrsmittel, wie Brief-, Telegramm-, Telefonverkehr, Zeitungen, Theater, Konzerte, Kinos, und als all umfassendes Verkehrsmittel der Völkerverbund. Dann erörterte der Redner die Beziehungen aller dieser Verkehrsmittel zum Wirtschaftsleben und ihren Einfluß darauf, wobei er auch unsere lokalen Verkehrsverhältnisse einer Kritik unterzog. Dann legte er die Notwendigkeit der Tarifserhöhungen dar, die weniger durch die hohen Löhne und Gehälter als durch die Verteuerung der Materialkosten bedingt werden. Eingehend beschäftigte sich der Redner mit den Leistungen der deutschen Eisenbahnen von Kriegsbeginn bis zum Kriegsende und verteidigte die Eisenbahner gegen die Vorwürfe der Deisebergerei und Unreife. Mit einem Vergleich der deutschen Verkehrsverhältnisse mit denen anderer Länder schloß der Vortragende seine Ausführungen, die mit lebhaftem Dank entgegengenommen wurden.

!; Hachbach, 15. April. Die Gesellenprüfung im Bäckereihandwerk bestand Julius Schmalz von hier mit dem Prädikat „Gut“.

Aus Nassau und Umgegend.

Der Konfirmandenausschlag in diesem Jahre findet am kommenden Sonntag statt. Die Wanderung führt von Nassau über das Hohenlohe, Weindahl, Goethepunkt nach Oberhof in die Klostermühle Arnsfeld, wo Kaffee und Kuchen bereit steht. Sämtliche Konfirmanden mit ihren Eltern und Angehörigen sind zu diesem Ausflug herzlich eingeladen. Es wird um 2 Uhr von der neuen Schule abmarschiert.

!; Schweighausen, 14. April. Am vergangenen Sonntag wies der Evangel. Kirchenchor von Bad Ems in unserem Dorfe und beschönigte unseren Gottesdienst, den Pfarrer Koppe, der Vorsitzende des Chores, hielt, durch mehrere Kirchenlieder und Choralien. Der Dank unserer Gemeinde zeigte sich in der gütlichen Aufnahme der Sänger durch die einzelnen Familien. Am Nachmittag sang der Chor im Erholungsheim noch einige Volks- und Heimatlieder, die den Zuhörern ebenfalls große Freude bereiteten. In den Abschiedsworten, mit denen Pfarrer Koppe für die erwiesene Gastfreundschaft dankte, sprach er die Hoffnung aus, daß doch auch bei uns ein Kirchenchor entstehen möchte. Es wäre erfreulich, wenn dieser Anregung Folge gegeben und vielleicht unsichtbar der Männergesangsverein unseres Dorfes zu neuem Leben erweckt würde.

Aus Diez und Umgegend.

!; Fußball. Das Wetter war am vergangenen Sonntag wieder wenig günstig. Trotzdem war der Spielbetrieb gut, und der Sportplatz bei Odenbach zeigte sein gewohntes buntes Bild bei zahlreicher Zuschauermenge. 1. Mannschaft Diez hatte die 1. Elß-Niederbrechen gegenüber. Das Spiel war reich an spannenden Momenten, Diez übernahm gleich nach Beginn die Führung und konnte bald das 1. Tor buchen, zum 1. Halbzeit noch zwei weitere folgten. In der 2. Hälfte lief das Spiel sehr unter dem inzwischen niedergegangenen Regenschauern. Niederbrechen kam jetzt mehr auf und konnte bald einsehen, schließlich auch noch ein 2. Mal. Ein schöner Durchbruch brachte aber auch Diez den 4. Erfolg, und so endete das Spiel schließlich mit 4:2 zu Gunsten Diez. — Beim Bezirks-Fußballgeländelauf über 4,5 Km. in Bad Ems errang die Mannschaft des Diezer Sportvereins den 3. Preis.

!; Umfassender. Der Kreisverband für Handwerk und Gewerbe veranstaltete am Dienstagabend im Hotel von A. Waghelmer einen Vortrag, über das Umfassendere, der zahlreiche Handwerksmeister angelockt hatte. Mit diesem Vortrag wurde einem großen Bedürfnis endlich Rechnung getragen. Ueber die neuen Steuergesetze, besonders aber das Umsatzsteuergesetz, herrschte viel Unklarheit. Hier hat der Vortrag abgeholfen, und es wäre zu begrüßen, wenn öfter auf diesem Wege Aufklärung geschafft würde.

!; Altes Diez, 15. April. Wohngünstige Preise ergab eine am Montag hier abgehaltene Alexander-Versteigerung. Man gelangte bis zu 24 Mark die Aue Aker, was ein sehr teures Gut ergibt. In Friedenszeiten erzielte man höchstens 1,20 Mark bis 1,50 Mark die Aue und jetzt 24 Mark. So soll das hinführen?

Beilage zu Nr. 82 der Diezer Zeitung.

Die Nationalversammlung

am 12. April wieder zusammengetreten.

Präsident Fehrenbach teilte zunächst mit, daß ein Telegramm des Abg. Miska eingelaufen sei, daß die Abgeordneten aus Oberösterreich von der Entente an der Ausübung ihres Mandats verhindert werden. (Hört, hört!) Ein solches Telegramm ist vom Abgeordneten Hartmann eingegangen. Wegen dieser Eingriffe der Entente in die Rechte des deutschen Volkes lege ich den schärfsten Protest ein und bitte die Regierung, sofort die nötigen Schritte zu tun. (Beifall.) Der Präsident teilt ferner mit, daß die Nationalversammlung voraussichtlich bis nächste Woche tagen wird.

Hierauf gibt

Reichskanzler Müller folgende Regierungserklärung

Der Präsident hat soeben mit Recht Protest erhoben gegen das völkerrechtswidrige Verhalten der Entente. Ähnliche Meldungen liegen auch aus Masuren vor. Die Regierung wird energig dagegen vorgehen. Dem französischen Militarismus können wir nichts entgegenzusetzen als unser gutes Recht. Senegalener liegen in der Frankfurter Universität, die Tricolore weht über dem Maingau. Die Entartung im Ruhrgebiet ist nichts als ein Teil der Schmach aus den Rapp-Tagen. Ohne Rapp-Butsch kein Generalstreik und keine Anarchie im Ruhrgebiet. Die Finger im

Ruhrgebiet

haben sich, seitdem ich hier zuletzt über sie sprach, vollständig verändert. An Stelle der imposanten Arbeiterbewegung trat allmählich die Rote Armee. Die organisierten Arbeiter lehren in die Fächer und Fabriken zurück. Unter den Waffen blieben die verblendeten Verfechter der Räteregierung, die sich ergänzten durch den ganzen Janjagel des Meeres, der nichts sah und wollte als verbrecherische Ausnutzung des geschlichen Zustandes. Dieser Lage und dieser großen politischen Bewegung stand die Reichsregierung gegenüber, als sie das Zeichen zum Einmarsch in die neutrale Zone gab. Wie schwer die Aufgabe der Reichswehr war, beweist die Verlustliste. Bisher wurden gezählt: tot 15 Offiziere, 142 Unteroffiziere und Mannschaften (hört, hört!), vermisst sechs Offiziere, 93 Unteroffiziere und Mannschaften, verwundet 19 Offiziere, 329 Unteroffiziere und Mannschaften.

Gesamter Verlust rund 600 Köpfe.

(Hört, hört!) Es ist der Regierung der Vorwurf gemacht worden, daß sie mit der notwendigen Aktion zu lange gezögert hätte. Wir bestreiten in Beantwortung der Gesamtlage die Berechtigung dieses Vorwurfs. Solange noch eine Möglichkeit schien, die Lage friedlich zu entspannen, wägen wir warten. Somit schließlich zu rechnen war, das hat die Besetzung des Maingaues

durch die Franzosen gezeigt. Allein das rechtfertigt vor dem deutschen Volk das Zögern der Regierung. Bevor wir die Zustimmung zum Einmarsch in die neutrale Zone gaben, mußten wir die Sicherheit haben, daß alle Schichten und Parteien dieser Gebiete den Schutz durch Truppen verlangten. Weil die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebietes — Bürger, christliche und sozialistische Arbeiter — das Eingreifen des Militärs für unbedingt nötig hielt, tragen heute die schwergeprüften Bewohner des Maingaues patriotischen Sinnes im Interesse unserer gemeinsamen deutschen Sache die Weiden der Besetzung. Wir hätten ein längeres Zögern mit einer Gefährdung des Reichsgebietes bezahen müssen. Wir haben uns zum Einmarsch entschlossen, um die Einheit der Republik nicht zu gefährden. Wir sind einmarmiert, ohne die Zustimmung Frankreichs erlangt zu haben, das die Aktion für unmöglich und gefährlich bezeichnete.

Zwei Worte zu dieser französischen Behauptung: Wann Leben und Eigentum von Deutschen gefährdet ist und zu schützen sei, das zu beurteilen muß Sache der deutschen Regierung sein. (Mitteltägliche lebhaft Zustimmung.) Wir haben unser Wirtschaftsleben vor dem Untergang bewahrt, ohne dessen Unterbrechung auch nicht ein Artikel des Versailler Vertrages erfüllt werden kann. (Beifall.) Warum will man denn nur in Frankreich nicht begreifen, daß wir eine europäische Pflicht erfüllen, wenn wir im Ruhrgebiet die Ruhe herstellen. Deutschlands Wirtschaftsleben ist abhängig von der Kohlen- und der Eisenzeugung des Ruhrgebietes. Veränderte Verhältnisse dort und die ständige Drohung der Wiederkehr solcher sind der Tod der deutschen Wirtschaft, und dann hört auch alle Wiedergutmachung an Frankreich auf. Die Aufrechterhaltung geordneter Zustände im Ruhrgebiet ist und bleibt deshalb eine Lebensfrage für Deutschland und für Europa.

Die Einwohnerwehren

sind militärisch organisiert und richten sich gegen die Plünderung gegen die Anarchie. Die Regierung hat mit den Völkern über die Auflösung der Einwohnerwehren nur verhandelt aufgrund der Entente, nicht aufgrund der Gewerkschaften. Eine

Rebengeregierung der Gewerkschaften

lehnt sie ab. (Beifall.) Mitregieren kann nur der, der die Verantwortung mit übernimmt. Das Duell Frankreich-Deutschland muß aufhören! Frankfurt, das Herz Europas, ist getroffen. Ob Frankfurt nicht frei ist, werden alle schönen Worte der Versöhnung verhallen. Frankfurt hat alle nationalistischen Instinkte wieder erweckt. Die Nationalisten aller Länder leisten sich gegenseitig die besten Dienste. Rapp oder Koch! Wir erlauben dem Militarismus kein Zurückkehren. Die militärische Aktion im Ruhrgebiet geht ihrem Ende entgegen. Damit wird hoffentlich auch die Besetzung des Maingaues ihr Ende erreicht haben. Wir wollen uns abkehren von allen Kriegsanbahnungen und allen Kriegsmitteln. (Beifall.)

Präsident Fehrenbach schlägt vor, morgen in die Erörterung einzutreten und die übrigen Gegenstände von der Tagesordnung abzusehen.

Sitzung vom 13. April 1920.

Abg. Hue: Der Rapp-Butsch hätte niedergeschlagen werden können ohne Waffengewalt, wenn die Führer der Reichswehr der Meinung der Bevölkerung besser Rechnung getragen hätten.

Abg. Trimborn (Ztr.): Deutschlands Verbrechen besteht darin, daß es noch existiere. Ein rheinischer Pufferstaat sei abzulehnen. Ein einseitiges Hervortreten der sozialistischen Anschauungen bei dem Vorgehen der Regierung im Ruhrgebiet vertrat sich nicht mit dem Geist der Koalition.

Reichskanzler Müller legt nochmals die Regierungstaktik beim Einschreiten im Ruhrgebiet und in Sachsen dar.

Abg. Lattmann (D. N.) bezeichnet die geistige Rede des Reichskanzlers als eine Wahlagitationsrede.

Reichsfinanzminister Bunn griff sehr scharf die deutsche Volkspartei wegen ihres Verhaltens beim Rapp-Butsch an, wobei er von andauerndem Lärm der Rechten unterbrochen wurde.

Abg. Doh (D. Sp.): Der Minister will scheinbar jede Zusammenarbeit für die Zukunft unmöglich machen. Das Streben nach der Roten Republik sei ebenso Hochverrat wie das nach der Militärdiktatur.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Der Verbandswahlkreis Hessen.

Der nach dem Entwurf des Reichstagswahlgesetzes vorgesehene Verbandswahlkreis 20 (Hessen) setzt sich wie folgt zusammen: 1. Wahlkreis 59 (Kassel): Bestehend aus Stadtkreis Kassel, Landkreis Kassel, Kreis Krieger, Kreis Hofgeismar, Kreis Homberg, Kreis Melsungen, Kreis Wilhelmshausen, Kreis Hildesheim, Kreis Bielefeld (ohne Kreis Bielefeld), Kreis Pyrmont gehört zum 52. Wahlkreis Herzogtum-Minden; 2. Wahlkreis 60 (Hanau): Bestehend aus Kreis Eschwege, Kreis Kassel, Kreis Gelnhausen, Kreis Hersfeld, Stadtkreis Hanau, Landkreis Hanau, Kreis Hersfeld, Kreis Hünfeld, Kreis Rotenburg (Hessen-Rassau), Kreis Schlüchtern, Kreis Hungen; 3. Wahlkreis 61 (Marburg): Bestehend aus Kreis Biedenkopf, Landkreis, Kreis Frankenberg, Kreis Kirchhain, Kreis Limburg, Kreis Marburg, Oberhessischer Kreis, Oberhessischer Kreis, Unterhessischer Kreis, Kreis Wehrburg, Kreis Wehlar; 4. Wahlkreis 62 (Wiesbaden): Bestehend aus Kreis Höchst, Oberhessischer Kreis, Rheingaukreis, Kreis St. Goarshausen, Unterhessischer Kreis, Unterhessischer Kreis, Kreis Usingen, Stadtkreis Wiesbaden, Landkreis Wiesbaden; 5. Wahlkreis 63 (Frankfurt a. M.): Umfassend den Stadtkreis Frankfurt a. M.; 6. Wahlkreis 110 (Darmstadt): Umfassend die Provinz Starkenburg; 7. Wahlkreis 111 (Gießen): Umfassend die Provinz Oberhessen; 8. Wahlkreis 112 (Main): Umfassend die Provinz Rheinhessen. Es sind für die Wahlkreise 59 bis 63 je 4 Abgeordnete, für den Wahlkreis 110 5 Abgeordnete, für die Wahlkreise 111 und 112 je 3 Abgeordnete, zusammen also für den Verbandswahlkreis 20 31 Abgeordnete vorgesehen.

Der Wahlkreis Wiesbaden wählt danach also vier Abgeordnete, womit die Gewähr gegeben ist, daß unsere engere Heimat im künftigen Reichstag, abgesehen von der Parteizugehörigkeit der einzelnen Abgeordneten, vertreten sein dürfte, was nach dem Wahlgesetz zur Nationalversammlung, bei dem die nächst erreichbaren Vertreter in Frankfurt beheimatet waren, nicht der Fall gewesen ist.

Das Heimstättengesetz.

Ein Aufruf der deutschen Gewerkschaften

Von dem Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerkschaften — Christlich-Sozialistische Gewerkschaften, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund), hinter dem sämtliche deutschen Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren etwa 15 Millionen Mitgliedern stehen, geht uns der folgende Aufruf zu:

Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr blenden! Wir wollen leben! Wir verlangen Brot und Hoffnung auf die Zukunft!

Wie war die Entwicklung bisher?

Arbeiter, Angestellte und Beamte forderten höhere Löhne, höhere Gehälter. Die Rotenpresse ging schneller. Mehr Geldgeheim kamen unter die Leute. Papiergeld! Die Folge war ein gleichzeitiges Steigen der Preise — wieder Unzufriedenheit und Arbeitslosigkeit, wieder Löhnerkämpfe! Soll es so weiter gehen? Nein, und tausendmal nein! Der Weg zu einem neuen Aufbau muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Eine unerlässliche Voraussetzung dazu ist die Befreiung des Bodens von einem falschen Rechte, das ihn, die Quelle allen Lebens und Arbeitens, vielfach erniedrigt hat: zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung. Der erste entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit erschließt, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen.

Hunderttausend Hände werden dann neu beschäftigt, denn rings um die Heimstätte liegt der Garten!

Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher wenigstens teilweise gärtnerischer Nutzung dienbar gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Ring von Gärten umgeben sein!

Kann zurzeit nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimgärtnerboden, der bis dahin nur Kartoffeln trug, oder sogar als Spekulationsland brach liegen blieb, zwei- oder dreimal soviel Nahrungsmittel hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die bisher nach einer achtstündigen Berufsarbeitszeit feierten. Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt: das Angebot steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Erträge ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Dulden wir keine Spekulation mit den Lebensmitteln und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdanken!

Dulden wir keine planlose Verzerrung, keinen Wucher mit Stoffen, aus denen wir unsere Heimgärten erbauen müssen.

Die Bodenpekulation hat unsere Volk zermürbt! Teurer Boden bedeutet Mietskasernen, in denen in überfüllten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder vernichtet wird. Nur auf billigen, vor Wucherhänden geschützten Boden können Heimstätten errichtet werden.

Nur solche Volksregierung hat Aussicht bestehen zu bleiben, die jetzt sofort zur rettenden Tat schreitet! Als erste soziale Tat fordern wir: Befreiung des Bodens von jeder Spekulation. Wir fordern ein durchgreifendes Heimstättenrecht!

Kein Heimstättenrecht aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Stelle vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln Recht und Pflicht hat, eine Stätte, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd verantwortlich bleibt für eine ehrliche und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben. Deshalb fordern wir die sofortige Errichtung eines Reichsheimstättenamtes.

Boden darf nur noch eine Stätte der Arbeit und niemals mehr eine Quelle arbeitslosen Gewinnes sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Nutzungsrecht derjenigen übergehen, die ihn als Heimstättenland benutzen wollen. Wer bereits Laubland als Pachtland hat, der soll ein Vorrecht auf dieses Land unter dem Heimstättenrecht haben.

Jedem, der Heimstättenboden haben will, muß dieser Boden bereitgestellt werden. Volkswohl über Spekulationen! Nur so kommen wir zur Anerkennung ehrlicher Arbeit und zur inneren Ruhe!

Die Oberlehrerlaufbahn gesperrt.

Die bekannten Statistiker des Oberlehrerstandes, Direktor Oberle und Oberlehrer Simon warnen in einem im neuesten Deutschen Philologenblatt erscheinenden Artikel dringend vor dem Studium der Schulwissenschaften, da die Oberlehrerlaufbahn für 20–30 Jahre versperrt ist. Der Bedarf an Oberlehrern, der in der besten Zeit etwa 675 jährlich betrug, wird sich in den nächsten zehn Jahren auf höchstens 500 belaufen. Das Angebot an Studienaffektoren und Studienreferendaren betrug am 1. Mai v. J. bereits 4000. Nach einer Veröffentlichung des Kultusministeriums studierten aber noch etwa 13000 Immatrikulierte Schulwissenschaften. Das bedeutet, daß bis 1925 sich die anstellungsfähigen Bewerber auf die Oberlehrerlaufbahn um etwa 10000 vermehren werden; diese machen mit den 4000 vorhandenen und 500 aus den abgetretenen Gebieten zugewanderten die Riesensumme von 14500 aus, der ein Bedarf von 3500 gegenübersteht. Es werden also 1925 etwa 11000 Studienaffektoren und Studienreferendare vorhanden sein, die den Bedarf von 20 Jahren decken! Wer heute beginnt, Schulwissenschaften zu studieren, wird also 20 Jahre, d. h. bis etwa zu seinem 45. Lebensjahre auf eine Anstellung warten müssen. Dabei werden sich die Verhältnisse eher verschlechtern als verbessern, da sich noch gar nicht übersehen läßt, wieviel Stellen bei der Reform der höheren Schulen eingegeben werden und wie stark durch die Zuwanderung aus den abgetretenen Gebieten die Zahl der sofort Unterzubringenden wachsen wird.

Die Besetzung der Frankfurter Zone.

Wie von amtlicher Stelle in Berlin gegenüber einem französischen Funkpruch Lyon „An Alle“ vom 6. April abends mitgeteilt wird, ist es unklar, daß 150000 Mann deutscher Truppen im Ruhrgebiet operieren. Am 6. April haben dort vielmehr 43800 Mann, davon 15000 innerhalb der durch den Friedensvertrag festgesetzten neutralen Zone operiert. Bei den Aufräumarbeiten handelt es sich um militärisch organisierte modern ausgerüstete Kampfgruppen von mindestens 30000 Mann Gesamtsstärke. Es ist unklar, wenn der Funkpruch behauptet, daß die Aufräumarbeiten beim ersten Angriff davonlaufen würden. Vielmehr haben hartnäckige und blutige Kämpfe stattgefunden. Die bisherigen Verluste der Reichswehr, etwa 200 Tote und mehrere hundert Verwundete, sprechen eine andere Sprache. Die wüste Unwahrheit und Verleumdung der deutschen Wehrmacht ist die Angabe des Funkpruches, daß die Regierung in der Verwendung ihrer Kampfmittel grausam und rücksichtslos gegen die Bevölkerung vorgegangen sei.

Allmähliche Räumung des Ruhrgebietes?

Nach einer Berliner Meldung des Echo de Paris wird nach Mitteilungen von berufenen deutscher Seite mit einer schrittweisen Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrgebiet anfangs nächster Woche und mit der vollständigen Zurücknahme etwa bis 20. April gerechnet. In etwa zwei Wochen dürfte daher die Frage der Räumung der von den Franzosen besetzten Taunusstätte wieder akut werden.

Eine Kundgebung aus Düsseldorf

In Düsseldorf hatten sich die Oberbürgermeister und Landräte des Regierungsbezirks Düsseldorf versammelt, die

folgende Kundgebung an den Reichskanzler gerichtet haben: Die versammelten Oberbürgermeister und Landräte des Regierungsbezirks Düsseldorf beklagen es auf das tiefste, daß die französische Regierung infolge der Anruhen im Ruhrkohlenbezirk die notwendig gewordenen Regierungsmaßnahmen zum Anlaß genommen hat, um weitere Teile des deutschen Vaterlandes zu besetzen. Es schmerzt die niederheinische Bevölkerung bitter, daß auf diese Weise unbeteiligte Volksgenossen neue Opfer und Lasten auf sich nehmen müssen. Die Landräte und Oberbürgermeister im Regierungsbezirk Düsseldorf erklären jedoch aus der amtlichen Kenntnis der Verhältnisse und nach Verantwortungsvoller pflichtgemäßer Beurteilung der Lage, daß der Reichsregierung nur die Art des angewandten staatlichen Zwanges übrig blieb, um Plünderungen, Gewaltthaten und Anarchie im Ruhrkohlenbezirk zu unterdrücken. Nur so konnten die Lebensbedingungen des Staates gerettet und die Richterfüllung wichtiger Friedensbedingungen verhindert werden.

Vermehrter Kartoffelanbau.

„Landwirte, baut mehr Kartoffeln an, sie werden Euch gut bezahlt!“ Diesen Ausruf konnte man in letzter Zeit in allen Tageszeitungen lesen. Aus ihm geht hervor, daß die Verbraucher endlich — wenn auch reichlich spät — einsehen, daß dem Landwirt ausreichende Preise bezahlt werden müssen, wenn er bestehen soll. Sie erkennen aber nicht, daß mit einem ausreichenden Preis allein (der eigentlich etwas selbstverständliches ist) dem Landwirt nicht geholfen ist. Es ist ihm dadurch noch lange nicht die Möglichkeit gegeben, mehr Kartoffeln als bisher anzubauen. Welche Hindernisse stehen dem vermehrten Kartoffelanbau im Wege? Während der 4 Kriegsjahre glied Deutschland einer großen belagerten Festung. Vom Ausland kamen keine nennenswerten Lebensmittel herein. Die deutsche Landwirtschaft mußte daher alles aufbieten, um durch eigene Erzeugnisse unsere Ernährung sicher zu stellen. Nur durch rücksichtslosesten Raubbau konnte sie diese Aufgabe erfüllen. Es wurde aus dem Boden herausgeholt, was er nur hergeben konnte. Seitens der Landwirte wurde fortwährend darauf hingewiesen, daß man auch dem Acker wieder Nährstoffe zuführen müsse, wenn man noch weiterhin gute Erträge erzielen wolle. Dagegen wurde die Düngergzufuhr immer spärlicher. Durch den Mangel unserer Viehbestände (in Nassau beträgt er über 50 Prozent) wurde der natürliche Dünger (Stallmist) immer knapper. Gleichzeitig ging sein Stickstoffgehalt infolge des elmsarmen Viehfutters bedeutend zurück. Man verbot die Bauern: „Sobald unsere Stickstoffwerke nicht mehr für den Bedarf zu arbeiten brauchen, dann haben wir soviel Stickstoff für die Landwirtschaft, daß sie darin „schwimmen“ kann. Tatsächlich waren unsere Stickstofffabriken so ausgebaut, daß sie bei vollem Betriebe das Viehscheißer in Stickstoff produzieren konnten, was die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege verbraucht hat. So hofften denn unsere Bauern, daß es nach Kriegsende einen Mangel an künstlichen Düngemitteln nicht mehr geben könne, und daß sie bald wieder den ausgezogenen Boden auf die alte Höhe bringen könnten. Wie steht es aber in der Wirklichkeit? In den Stickstoffwerken wird kaum gearbeitet. 125 Kalkwerke liegen wegen Kohlenmangels still. Es herrscht eine Knappheit an allen künstlichen Düngemitteln und infolgedessen eine Teuerung, daß es dem Landwirt einfach unmöglich ist, sich damit zu versorgen. Man könnte sich mit dieser Tatsache eventuell noch abfinden, wenn wir nicht in der Lage wären, selbst künstlichen Dünger zu erzeugen. Diese Möglichkeit ist aber im weitesten Maße vorhanden. Anstatt nun dieser Not mit allen verfügbaren Mitteln zu steuern, und anstatt dafür zu sorgen, daß den Landwirten möglichst viel und

billige Düngemittel zur Verfügung gestellt werden, verteuert sie unsere Regierung (es ist kaum glaublich aber wahr) noch durch eine recht beträchtliche Steuer. Andererseits werden diese Milliarden zur Verbilligung der teuren ausländischen Lebensmittel fast nutzlos ausgegeben. Würde nur ein kleiner Teil dieser Summen dafür bereitgestellt, unsere Landwirtschaft mit den nötigsten Düngemitteln zu versorgen, dann wäre doch wenigstens dieser Betrag nutzbringend angelegt, nicht allein zum Vorteil der Bauern, sondern zum Vorteil der Allgemeinheit. Durch Ausrufe werden die Landwirte nicht in die Lage versetzt, mehr Kartoffeln anzubauen. Viel zweckdienlicher wäre es, wenn insbesondere die großen Städte, die Kommunalverbände und die gesamte Verbraucherenschaft der Regierung unaufhörlich zurufen würden: „Schafft unseren Landwirten ausreichende und billige Düngemittel, beliefert die Stickstoffwerke und unsere Kalkgruben mit Kalken, dann wird unsere Landwirtschaft von selbst mehr Kartoffeln anbauen und was das wichtigste ist, die Erträge, die heute kaum mehr das doppelte der Ausfaat bringen, werden sich verdoppeln und verdreifachen. Gerade der Kartoffelanbau erfordert eine sehr mühselige Arbeit. Wenn aber der Landwirt von vornherein weiß, daß der Boden keine nennenswerten Erträge mehr liefern kann, dann bleibt ihm gar nicht anderes übrig, als auf den Anbau von Hackfrüchten zu verzichten und zur negativen Wirtschaftsform überzugehen.“

Frühkartoffel im Hausgarten.

Der Anbau von Frühkartoffeln ist eine der lohnendsten Gartenkulturen. Er ist überall da möglich, wo geschützte Lage und eine humusreiche warme Kulturläche vorhanden ist, die im Herbst zuvor tief gepflügt und frühzeitig gedüngt wurde. Der Schwerpunkt des Erfolges liegt dann in der richtigen Auswahl und zweckmäßigen Vorbereitung des Saatgutes. Hierbei gilt es als wichtige Erfahrungssache, daß auf schwachem Boden gereinigtes Saatgut im Wechsel mit leichtem Boden besonders schöne und schmackhafte Nachschoten liefert. Ferner sollen nur „stolz“ reife und gesunde, mittelgroße und gleichmäßig mit Augen ausgebildete Knollen als Saatgut dienen. Diese werden dann in der Weise für ihren Zweck vorbereitet, daß sie etwa Mitte Januar, bis zu welcher Zeit sie kühl und frostfrei gelagert haben müssen, etwa 8 Tage lang im Luftwechsel (natürlich, an geschützter Stelle) ausgebreitet werden, um das für die Kulturspraxis so notwendige Abwischen zu erzwingen.

Ist dieser Zustand eingetreten, so werden die Knollen nicht nebeneinander, und mit den Augen nach oben zeigend, in kleine handliche Holzkästen oder Körbchen von ca. 35 Liter Seitenhöhe aufgestellt und mit diesen Vorhalten an das Fenster eines frostfreien oder doch nur wenig geheizten Zimmers gebracht. Die treibenden Keimspitzen bleiben auf diese Art viel gedrungener, kräftiger und kulturreif widerstandsfähiger, als wenn die Vorkimung in wärmeren Räumen und im Dunkeln geschieht, wobei die Triebe zwar schneller herauskommen, dafür aber auch um so empfindlicher sind. Vielfach ist auch das Verfahren geübt, jede einzelne Kartoffel mit Moos zu umwickeln, um damit eine gleichmäßige Entwicklung der Keimspitze zu erreichen.

Ein anderes Verfahren ist, den Boden der Aufnahmebehälter mit feuchtem Torfmull auszufüllen und hierauf die Knollen zu setzen, um gleichzeitig mit der Keimung auch eine Wurzelbildung zu veranlassen. Ende März oder Anfang April, je nachdem die Witterung günstig ist, werden die vorgekeimten Kartoffeln unter sorgfamer Schonung der Keime und der zarten Wurzeln in ihren Kultursplatz gepflanzt, wobei eine allseitige Pflanzweite von ca. 40 Ztm. und eine Tiefe von ca. 5 Ztm. zu beachten sind. Gegen schärfere Nachfröste sind entsprechende Schutzmittel (Blumentöpfe, Lattenschilde, Bastmatten usw.) bereitzuhal-

ten, wenn auch gerade die mit diesem Vorbereitungsbe- fahren gepflanzten Kartoffeln infolge wenig darantes lei- den, als sie einen erlittenen Frostschaden in der Regel schnell und ohne Ertragsnachteile überwinden, da ihr Wur- zelstock kräftig wieder durchtreibt. — Als erprobte Früh- kartoffeln gelten die Sorten: Weiße und Blaue Schö- wochen, Schneeflocke, Paulsens' Juli und Perle von Ge- furt.

Obst- und Gartenbau.

Das Treibbeet des Kleingärtners. Als ich der Kleingärtner doch ein Treibbeet haben, ich meine, daran Wunnte er sich doch nicht aufhalten. Ganz recht, wenn es sich um einen der üblichen Treibkästen handelt, und der Kleingär- ner kein besonders geklaffter Viehhäber ist. Heute würde die Anlage auch viel zu kostspielig sein. Aber trotzdem kann ich ein Treibbeet empfehlen, welches jedem Freude machen dürfte. Man sucht sich dazu ein besonders sonniges, geschütztes Plätz- chen aus. Legt dasselbe an der Südseite einer Mauer, so ist es doppelt praktisch. Dann richtet man die Erde etwa 40 Ztm. tief aus und bringt sie auf die anderen Beere. Das ausge- schobene Beet kann beliebig lang, soll aber nicht breiter als 70 bis 80 Ztm. sein, damit man gut daran kann. Hat man al- terer, so pflanzt man damit die Seiten aus. Dann füllt man das Beet abwechselnd mit Lagen von Laub und Pferdemist, aber so, daß die unterste und oberste Lage aus Laub besteht, tritt es gut fest ein und füllt dann 15—20 Ztm. hoch Erde auf. Dieses Beet entwickelt nun durch Gärung des Pferdemist- und des Laubes eine Wärme, welche genügt, die einfachen Gemüße des Kleingärtners schnell und spig heranzubilden. Hat man genug Pflanzen herangezogen, so kann man noch Gur- ken, Kürbisse oder andere wärmeliebende Pflanzen darauf pflanzen, und man wird staunen, welche Fruchtbarkeit sie er- zeugen. Blumenfreunde können hier auch ihre Stecklinge zum schnellen und sicheren Wurzeln bringen.

Land- und Forstwirtschaft.

Petroleum als Reinigungs- und Schmier- mittel. Beim Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen im Freien macht man die unliebsame Erfahrung, daß auch das beste Schmieröl in Verbindung mit Staub und Schmutz Ver- kehrungen ansetzt, welche dem richtigen Gange der Maschine sehr hinderlich sind, so daß die einzelnen Teile oft auseinander- genommen und die Lager durch Ausbrennen gereinigt werden müssen. Diese lästige Arbeit kann nun in vielen Fällen durch das Petroleum ersetzt werden, dessen reinigende und lösende Kraft hier von großem Nutzen ist. Dabei ist es meist nicht einmal nötig, die einzelnen Teile auseinander zu nehmen. Soll da eine Maschine, die, wie es bei landwirtschaftlichen Maschi- nen so oft der Fall ist, ein paar Monate außer Gebrauch ge- wesen ist, wieder in Gang gesetzt werden, so gieße man die Schmierföcher voll Petroleum besser Güte, lasse die Maschine langsam einen Augenblick gehen und gieße obermals voll. Das Petroleum löst und weicht nun allen Schmutz und alle Verkehrungen fort, bringt in die kleinsten Spalten, Wäl- zen und Ragen, so daß die Maschine einen sehr leichten Gang er- hält. Dann kann man mit gewöhnlichem Schmieröl weiter- schmieren. Im Kleinen kann man sich von der lösenden Kraft des Petroleum überzeugen, wenn man ein altes Tischtuch damit tränkt. Saß der Schlüssel noch so fest, er löst sich drehen.

Gesundheitspflege.

Wassersucht, Schachtelhaln, und zwar die Al- tererschachtelhaln, bietet ein vorzügliches Vorbeu- gungsmittel für Menschen, die leicht zu großer Wasser- ansammlung im Körper (Wassersucht) neigen. Der Ter hat eine milde wasserabweisende Wirkung und gar keinen üblen Geschmack. Des Morgens und Abends je eine Tasse voll getrunken, wirkt fördernd auf das allgemeine Woh- befinden.

Als Blutreinigungsmittel sollte man je- den Faulbaumrinde, Hauhechelwurzel oder Kettenwurzel anwen- den, um das Blut aufzuräumen. Am besten kocht man diese Drogen, und zwar 1 Teelöffel der Mischung, mit ein Viertel Liter Wasser ab, läßt erkalten und trinkt, vielleicht mit Zucker versüßt, morgens nüchtern und kalt.

Nachtgeheimnisse.

Roman von R. Orth.

Nachdruck verboten

Eine Viertelstunde später ließ sich der Kriminalkommissar Leuthold bei dem Konsul melden. Die beiden Herren waren durch einige gesellschaftliche Begegnungen bereits miteinander bekannt und der Beamte führte sich damit ein, daß er Wohnung sein aufrichtiges Bedauern über das ihm widerfahrene Miß- geschick aussprach.

„Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme Herr Kommissar, und auch dafür, daß Sie sich selbst zu mir bemüht haben. Sie haben von den Tätern natürlich noch keine Spur?“

„Reiter — nein! Von unseren alten Kunden, denen man nach der Art der Ausführung die Tat allenfalls zutrauen

könnte, scheint nach den bisherigen Erhebungen keiner in Frage zu kommen. Sie sitzen zum Teil hinter schwebenden Gardinen und zum anderen Teil haben sie sich über ihr Mißbi hinlänglich auszuweisen können. Ich neige daher zu der Annahme, daß die Verbrecher von außerhalb gekommen sind, in welchem Fall sie unsere Stadt vermutlich auch schon wieder verlassen haben werden.“

Der Konsul schüttelte den Kopf. „Verzeihen Sie, wenn ich mich dieser Ansicht nicht anschließen kann. Die Diebe müssen mit der Örtlichkeit und mit allen in Betracht kommenden Verhältnissen so wohl vertraut gewesen sein, daß sie nur unter der hiesigen Bevölkerung gesucht werden können.“

Für einen gewiegten Einbrecher bedarf es oft nur einer kurzen Zeit, um sich über alles zu orientieren, was für ihn von Bedeutung ist. Aber Sie selbst, Herr Konsul, haben vielleicht einen bestimmten Verdacht?“

„Nein — nicht den Schatten eines Verdachts.“

„Sie glauben Ihrer Dienstboten vollkommen sicher zu sein?“

Für die Rechtfertigung meiner Haushälterin meine ich ebenso unbedenklich einsehen zu können wie für die Zuver- lässigkeit des Pfortnerpaars, und das Hausmädchen ist ein so naives, harmloses Geschöpf, daß man ihm irgendwelche Beteiligung an einer so gräßlichen Tat unmöglich zumuten kann.“

Der Kommissar schien mit einer leichten Verlegenheit zu kämpfen. „Es gibt außer den genannten Personen noch eine Dame in Ihrem Hause,“ sagte er nach einem kleinen Zaudern, „ein Fräulein Humold, die Nichte der ermordeten Frau Baumert.

Sie ist Ihrer Ueberzeugung nach natürlich ebenfalls außer allem Verdacht?“

„Ein Verdacht gegen sie wäre ungefähr ebenso vernünftig, wie wenn Sie mich selbst für den Mörder hielten. Es wäre mir lieb, wenn der Name der Dame in dieser Angelegenheit hiermit zum ersten und zum letzten Male genannt worden wäre.“

Der Beamte verbeugte sich leicht. „Waren Ihnen die Person und die Verhältnisse der Ermordeten bekannt, Herr Konsul?“

„Ich habe sie nie gesehen. Aber ich weiß aus den Mit- teilungen Ihrer Nichte, daß sie eine höchst achtbare, feingebildete Dame war.“

„Wir haben, da bei der Vernehmungsmangelhaftigkeit des Fräulein Humold hier nichts über sie zu erfahren war, noch gestern auf telegraphischem Wege von der Polizeibehörde ihres letzten Wohnortes Auskunft über sie erbeten, und diese Aus- kunft ist heute morgen eingetroffen. Sie lautet dahin, daß die Dame vor etwa zwei Jahren aus England nach Deutsch- land gekommen, und daß etwas Nachteiliges über sie nicht bekannt geworden ist. Ihre Vermögensverhältnisse sollen sehr be- scheden und ihre Lebenshaltung demgemäß eine sehr einfache gewesen sein. Nach Aussage der Leute, bei denen sie zur Miete wohnte, hat sie so gut wie gar keinen Umgang gehabt. Die Annahme, daß sie das Opfer persönlicher Rachegeltung geworden sei, ist danach allem Anschein nach von vornherein auszuschalten.“

„Ich begreife nicht, wie man eine solche Annahme über- haupt in Erwägung ziehen konnte. Die traurige Sachlage ist doch vollkommen klar. Die Spitzbuben, die es auf meine Münzensammlung abgesehen hatten, wollten sich der einzigen Person entledigen, die ihnen bei der Nachbarschaft ihres Zimmers und des Münzkabinetts unmittelbar gefährlich werden konnte. Sie haben vermutlich gar nicht gewußt, an wem sie sich da vergreifen.“

„Das ist die eine Möglichkeit, Herr Konsul, aber es gibt deren noch viele andere, und die Polizei hat die Pflicht, tun- liche alle Möglichkeiten, auch die scheinbar fernliegenden, in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen. Das Gutachten der ärztlichen Sachverständigen geht in Uebereinstimmung mit dem Eindruck, den der Befund des Leichnams hervorrief, dahin, daß die Frau in ihrem Bette überfallen, mittels eines auf ihr Gesicht gedrückten, mit Chloroform benetzten Taschentuchs be- täubt und dann unter einem Betttisch erschossen worden ist. Ob dabei die Absicht der Tötung oder nur die eines vor- übergehenden Unschädlichmachens vorgelegen hat, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Ein längerer Kampf scheint dem

Tode der Frau nicht vorausgegangen zu sein, immerhin aber scheinen einige angedeutet durch Fingerringel vermachte Krat- wunden in ihrem Gesicht dafür, daß sie erwacht ist und den Versuch gemacht hat, sich zu wehren. Für die Missetate auf dem als Vorinstrument benützten Messer fehlt dagegen bis jetzt noch jede überzeugende Erklärung. Die ärztlichen Sachver- ständigen sind der Meinung, daß das Blut nicht aus dem Körper der Ermordeten herrührt, und ihre Vermutung, daß es von einer Wunde des Mörders stammt, wird dadurch be- stätigt, daß man auch in der Umgebung des äußeren Türgriffs frische Blutspuren gefunden hat. Wertwärtigerweise aber sind das die einzigen, die man trotz gründlicher Nachforschungen hat entdecken können. Es läge ja nahe, anzunehmen, daß einer der Einbrecher sich beim gewalttätigen Auspöngen eines Schloßes oder bei irgend einer anderen Panzerung im Aus- bewehrungsraum der Sammlung verletzt habe, aber es ist unmöglich gewesen, dort oder an der Haustür auch nur den winzigsten Blutstropfen nachzuweisen.“

Die Wichtigkeit, die der Kommissar offenbar diesem Um- stande beimaß, schien dem Konsul nicht recht verständlich. Ihn mochte es bedanken, als ob es hier in erster Linie auf Fest- stellungen anderer Art ankäme. Er fragte: „Hat sich denn wenigstens ermitteln lassen, auf welchem Wege die Diebe in das Haus gelangt und unbemerkt wieder daraus entkommen sind?“

Auch da stehen wir einstweilen noch vor ungelösten Fragen. Sicher ist jedenfalls, daß die Verbrecher nicht durch die vordere Haustür, sondern durch den hinteren Garten- eingang in die Villa eingedrungen sind. Der von Ihnen als unbedingt zuverlässig bezeichnete Portier Hafer bleibt mit aller Entschiedenheit bei der Behauptung, daß er die vordere Tür am Abend versperrt und sie am nächsten Morgen in dem nämlichen Zustand vorgefunden habe. Die sehr kunstvoll ge- arbeiteten Schloßes sind völlig unversehrt. Außerdem wären die Diebe, wenn sie diesen Weg gewählt hätten, in höchster Gefahr gewesen, von der Straße aus bemerkt zu werden, zu- mal es sich um eine mondheile Nacht handelte, die auf be- trächtliche Entfernung hin das Erkennen aller Einzelheiten gestattete.“ Der mit der speziellen Beobachtung der Villen- straße betraute Privatwächter sagt aus, daß um Mitternacht ihre Hunde sehr ruhig gewesen seien und anbauern gebell- hätten. Er will dadurch veranlaßt worden sein, die Villa ge- rade Zeit hindurch scharf im Auge zu behalten, und er erklärt, daß es ihm überhaupt unter seinen Umständen hätte entgehen können, wenn eine oder mehrere Personen sich an-

Vermischte Nachrichten.

* **Furchtbare Explosionen** haben sich in dem Lager der Gesellschaft für Heeresgut nördlich von Rothenscheid (Stippen) ereignet. Als Ursache kommt anscheinend eine Selbstentzündung beim Verlegen der Wurfschrauben in Frage. Der in der Stadt und Umgebung angerichtete Schaden, namentlich an zertrümmerten Fensterheben, zehrt in die Hunderttausende, der Gesamtschaden wird auf über eine Million Mark geschätzt. Die Zahl der Opfer ist sehr groß, man schätzt die Zahl der Toten allein auf über 200. Genauer läßt sich erst nach den sehr schwierigen Aufräumarbeiten feststellen.

* Ein schweres Grubenunglück hat sich auf der Zeche Bruchstraße bei Langendreer ereignet. Als Ursache wird Schlagwetter- oder Kohlenstaubexplosion angenommen. 14 Tote und 19 Verletzte, darunter 7 Schwerverletzte, wurden bisher geborgen. Das Unglück hat sich an einem Betriebsort ereignet, der mehrere Tage infolge des Streiks außer Betrieb gesetzt war. Die Explosion entstand durch einen Schuß des Schichtmeisters. Man fand den Schichtmeister schwer verbrannt vor seiner Handmaschine tot stehend vor. Die Opfer zeigen durchweg schwere Brandwunden. Die Schwerverletzten leiden an schweren inneren Verbrennungen.

* Für acht Millionen Falschgeld. Zwanzig Falschmünzer sind einer Mahnung aus Halle zufolge in Neuhaldensleben verhaftet worden. Man fand in ihrem Besitz noch für acht Millionen Mark falsche Fünfschillinge. Die Einrichtung der Werkstätte ließ darauf schließen, daß sich die Fälscher für den Fall einer Ueberraschung durch die Polizei auf längere Verteidigung eingerichtet hätten. Die Fälscher verfügten nämlich über zwei Maschinengewehre, acht neue Infanteriegeschosse, 60 Handgranaten, 1500 Schuß Munition und einige Pfund Sprengpulver.

* Das Hauptbuch des Räubers. Bei einem Raubversuch sind im Hotel Kaiserhof in Berlin zwei junge Burken namens Kluge und Kuppe verhaftet worden, als sie den Boten eines Bankhauses fesseln und berauben wollten. Im Gepäck der beiden Verbrecher fand sich ein Tagebuch des Kuppe. Der junge Mann war außerordentlich gewissenhaft. Seine „Buchführung“ ist musterhaft: Mit allen Daten und Namen sind hier sämtliche Verbrechen protokolliert, begonnene und geplante. Und auf Grund dieses „Hauptbuches“ — zu dessen Führung jeder Verbrecher verpflichtet gehalten werden sollte! — sah man sich die jungen Herren genauer an. Ihr „Konto“ ist recht interessant: einer Dame in Dresden schwindelten sie ein Schmuckstück ab und verschoben es für 3000 Mark. Eine Fabrik in Götting betrogen sie um 9000 Mark. In Leipzig war — immer nach Kuppe „Hauptbuch“ — ein Heberfall geplant, der 120 000 Mark bringen sollte. Aber das Opfer ging nicht in die Falle. Dafür wurde ein Leipziger Juwelier um 10 000 Mark erleichtert, die er für einen „günstigen Goldkauf“ hergab. Das Geld wurde in Baden-Baden verjubelt. Die Schwester des Kluge war die Freundin des Kuppe. Nun wandte sich das edle Kleeblatt nach Berlin, um sich in größerem Stile zu finanzieren. Dort ereilte es jetzt sein Geschick.

* Ein Gaunerstreich. Ein Münchener Großkaufmann, der wegen des niedrigen Kurses sein in letzter Zeit gehamstertes Goldgeld verkaufen wollte, vertraute auf „besonderen Rat“ dem Zahntechniker Klein und dem Schriftsetzer Stephanus Gold im Werte von 600 000 Mark an, die es im besetzten Gebiet verkaufen sollten. Die beiden, bekannte Keller- und Speichereinbrecher, reisten mit dem Golde ab, sind aber nicht mehr zurückgekehrt.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!!: **Doppelte Paketadressen.** Die Vorschrift der Postordnung, in die Pakete obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen, wird, wie die Erfahrung lehrt, nicht genügend beachtet. Zahlreiche Pakete, deren Aufschrift durch irgend welche Zufälle während der Postbeförderung verloren gegangen ist, können dem Empfänger erst nach zeitraubenden Ermittlungen, vielfach überhaupt nicht zugeführt werden. Es empfiehlt sich deshalb Beachtung der Vorschrift.

!!: **Vom Westerwald, 14. April.** Von dem am 12. März über dem Westerwald beobachteten Meteor, das nach glänzendem Aufleuchten zerbrach, wurde im neuen Garten bei Niederzeuzheim in geringer Tiefe ein Meteorstein gefunden. — Vier junge Burken beraubten bei Strußhütten einen Güterzug zahlreicher Kisten. Hierbei wurde ein 17jähriger Bergarbeiter überfahren. Seine Genossen ließen den Schwerverletzten erst nach Stunden auf dem Bahnkörper aufgefunden wurde, im Stich und flohen.

der vordern Haustür zu kloffen gemacht hätten. Es wurde also nur der Zugang von der Platanenstraße. Auch das ist jedoch die Tür in der Gartenmauer wie die des Tagelitterhauses wohlverschlossen gefunden worden, und Fußspuren, die einen Anhalt gewähren könnten, lassen sich bei der Art, in der Ihre Gartenwege besetzt und beschützt sind, leider überhaupt nicht nachweisen.

Den Weg durch den Hintergarten können die Diebe unmöglich genommen haben, erklärte der Konful mit Bestimmtheit. Die Hunde sind so scharf, daß sie jeden Fremden abel zugerichtet haben würden.

Das selbe ist uns auch von dem Pförtner und von Ihrer Wirtschaftlerin versichert worden. Aber es ließe sich ja die Möglichkeit denken, daß die Diebe den Hunden eben nicht fremd waren, oder daß sich wenigstens eine Persönlichkeit unter ihnen befand die mit den Tieren umzugehen und sie zu beruhigen verstand.

Bestimmte zude die Kisten. Ich möchte nicht, wie jemand das Kunststück zuwege bringen sollte. Aber wenn sie auch glücklich durch den Hintergarten gelangt wären, so waren die Gimbretter damit doch noch immer nicht im Hause. Auch der zweite Eingang wird des Nachts von meinen Leuten sorgsam verschlossen gehalten und das Schloß ist nicht weniger diebstahlsicher, wie das an der vordern Tür.

Allerdings! Nur muß eben gerade am vorgestrigen Abend verabredet worden sein, es zuzupacken.

Der Konful runzelte die Stirn. Das wäre allerdings eine unerhörte Pflichtverletzung. Ich bin begierig zu erfahren, welchen meiner Leute die Verantwortung dafür trifft.

Fortsetzung folgt.

!!: **Hachenburg, 14. April.** Bei Vorstieß eine Reichswehrpatrouille auf Viehdiebe. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem mit Revolvern und Handgranaten geschossen, bezw. geworfen wurde. Die Diebe flohen unter Zurücklassung der gestohlenen Tiere. Verletzt wurde auf beiden Seiten niemand.

!!: **Kaisert, 14. April.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag des Gaswerkes zum Preise von 250 000 Mark beschloffen.

!!: **Frankfurt, a. M., 14. April.** Die Franzosen haben die Tanks und Panzerautos, die seit der Besetzung der Stadt auf dem Bahnhofspfad und im Vorgarten des Frankfurter Hofes aufgestellt waren, zurückgezogen. In großen Trümpfen durchzogen französische Soldaten die Straßen, um die Stadt zu besichtigen. — Die Polizeistunde ist wieder von 9 Uhr auf 10 Uhr abends festgesetzt worden. — Als der im Hause Hirschgraben 8 wohnende A. Bäumert nach Hause kam, fand er seine Frau in Gesellschaft eines anderen vor. Dieser erhielt nach kurzem Wortwechsel vom wütenden Gatten 8 Messerschläge, so daß er noch während des Transportes nach dem Krankenhaus verstarb, während die Frau, die ebenfalls einen Stich in den Rücken erhalten hatte, vorläufig außer Lebensgefahr ist. Bäumert floh nach seiner Tat und konnte noch nicht ergriffen werden.

Aus dem Unterlahnkreis.

!!: **Gesundheitsstand.** Von anzeigepflichtigen Krankheiten wurden in der Woche vom 4. bis 10. April gemeldet: Aus Biebrich, Dienethal, Dornholzhausen, Ebertshausen und Steinsberg je 1 Todesfall an Lungentuberkulose, aus Charlottenberg ein Todesfall an Grippe mit Lungenentzündung.

!!: **Noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene.** Kriegsgefangene, die nachweisbar in England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien in Kriegsgefangenschaft waren und noch nicht heimgekehrt sind, müssen von ihren Angehörigen sofort dem zuständigen Amtsbüro gemeldet werden mit folgenden Angaben: Namen, Vornamen, Truppenteil, Dienstgrad, Tag und Ort der Gefangennahme, Gefangenenummer, letzte Kriegsgefangenenadresse und Datum der letzten Nachricht des noch nicht heimgekehrten Kriegsgefangenen. Es dürfen nur solche Kriegsgefangene gemeldet werden, von denen mindestens eine eigene Nachricht aus der Gefangenschaft vorliegt oder die durch eidesstattliche Erklärung eines Kameraden als bestimmt in Kriegsgefangenschaft geraten bestätigt werden können. In letzterem Falle ist die Adresse dieses Zeugen mitzuteilen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die einzureichenden Meldungen sich vorläufig nur auf die in obengenannten Ländern befindlichen Kriegsgefangenen beziehen dürfen. Für die Kriegsgefangenen in Rußland, Rumänien und Japan wird später ein gleicher Aufruf erfolgen. Für den Unterlahnkreis sind die Meldungen an den Hilfsausschuß für heimgekehrte Kriegsgefangene in Diez (Landratsamt) zu richten.

!!: **Vom Einrich.** Den Musikfreunden unserer Gegend steht am Samstag nach langer Pause ein besonderer Kunstgenuss bevor. Eine junge, mit einer selten schönen hohen Sopranbegnadete Künstlerin, Franziska Hein, hat sich bereitfinden lassen, im Anschluß an Konzerte in Bad Ems und Koblenz auch in Hagelshagen, im Viehischen Saalbau, zu singen. Das Programm enthält eine ganze Anzahl herrlicher Werke: Arien von Mozart und Meyerbeer, ferner Lieder von Schubert, Hilgner, Marschall, Langenbrinck. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Hagelshagen und seiner ländlichen Umgebung wurde der Beginn des Konzerts auf 8.30 Uhr abends gelegt, damit auch die Geschäftsleute und Landwirte an der Veranstaltung teilnehmen können. Den Verkauf der gleichzeitigen Eintrittskarten stellenden Programme hat das Hotel Bremer in Hagelshagen (Tel. 1), übernommen, außerdem werden Karten an der Abendkasse erhältlich sein.

!!: **Schönborn, 14. April.** In unserem Dorfe wurde bis jetzt der Begriff „Mein und Dein“ noch immer in Ehren gehalten. Vielerorts ist dies ja schon lange nicht mehr der Fall. Leider ist nun auch bei uns das Vertrauen zerfallen. Wohl ist Wäsche ein sehr begehrter Artikel, aber auf der Weiche konnte man sie bisher auch über Nacht lassen. Plötzlich ist es anders geworden. Für über 1000 Mark Wäsche blühten in einer der letzten Nächte verschiedene Einwohner ein.

Aus Ems und Umgegend.

e **Künstlerkonzert.** Wie bereits vor einigen Tagen hier mitgeteilt wurde, wird die Solodarsängerin Franziska Hein heute, abends 8 Uhr, im Hotel Fürstenhof ihr Konzert geben. Die Künstlerin ist bereits hier eingetroffen. Sie ist in den letzten Wochen in einer Anzahl anderer mitteldeutscher Städte mit großem Erfolge gelungen. Die Sängerin verfügt über einen Sopran, der sich durch großen Umfang und große Höhe auszeichnet. Sie singt u. a. die Arie der Königin der Nacht aus Mozarts „Zauberflöte“ in der hohen Originaltonart — wie Arie wird meistens hier transponiert gehalten. — Den Kartenverkauf hat in üblicher Weise die Buchhandlung Aug. Pfeffer übernommen. Außerdem ist Abendkasse.

e **Ein Vortrag** über das Umweltschutzgesetz findet am Freitag, den 16. April, in Bad Ems, abends 8.30 Uhr im Hotel Rheinischer Hof, statt, worauf hier nochmals hingewiesen wird.

e **Handball.** Bei dem am Sonntag in Dausenau abgehaltenen Handballwettkampf zwischen den Turnvereinen Bad Ems und Dausenau blieb L.-B. Bad Ems mit 63:33 Bällen Sieger. Die Spielzeit betrug 30 Minuten. Auch bei dem darauffolgenden Gesellschaftsspiel zwischen den genannten Vereinen blieb L.-B. Bad Ems mit 50:24 Bällen in 20 Minuten Spielzeit Sieger.

e **Deutsch-demokr. Partei.** Die Mitglieder-Versammlung der deutschen Demokratischen Partei am vergangenen Samstag im „Bremer Hof“ nahm auf Grund der wichtigen Tagesordnung einen sehr interessanten Verlauf. In Sonderverhandlungen fand eine ausgiebige Besprechung der Kreisorganisation statt, zu deren Beratung zahlreiche Parteimitglieder aus Diez und Nassau erschienen waren. Im Mittelpunkt der allgemeinen Versammlung stand die Durchberatung der Statuten des Ortsvereins und die anregende Erörterung eines Organisationsentwurfs. Für die Parteitätigkeit am Orte. Für bestimmte wichtige Arbeitsgebiete wurden Kommissionen für Stadt- und Kreisgebiet gewählt. Ferner erläuterte Stadtverordneter Henrich Bericht über die bekannten städtischen Verhandlungen am Landwirtschaftsministerium betr. Quellenproduktentwerfungs an denen er als demokratischer Vertreter teilgenommen hatte. Interessant auch waren desselben Berichterstatters Mitteilungen über seine Bemühungen im Ministerium des Innern für eine Befähigungsbeihilfe der Beamten und Angestellten im besetzten Gebiet, sowie für bessere und

schnellere Befriedigung der Entschädigungsansprüche mit besonderer Rücksicht auf das heimische Kurzwesen, dessen Notlage vom Ministerium nach Vorlegung der besonderen Verhältnisse des derzeitigen Wirtschaftslebens einer kleinen Stadt zukünftig gegenüber größeren Kurstädten Nassaus gerechter berücksichtigt werden soll. Daran anknüpfend gab Vorstandsmitglied Stroh Kenntnis von seiner Tätigkeit als städtischer Deputierter bei der Regierung in Wiesbaden im Interesse örtlicher Finanzfragen, besonders auch — unter Berufung auf die Besprechung des demokratischen Deputierten im Ministerium — über erfreuliche Ausblicke betr. besserer und vorzugsweiser Berücksichtigung der in Ems auszugleichenden Befähigungsschäden, vor allem der als Massenquartiere benutzten Logierhäuser. Der 1. Vorsitzende Sturm besprach darauf Finanzangelegenheiten der Orts- und Kreisorganisation und Aufgaben des Parteisekretariats des Wahlkreises. Unter Mitteilungen wurden verschiedene interne Verhältnisse des Parteilebens und Erfahrungen im Stadtparlament behandelt, bis die reichhaltige Tagesordnung, die zahlreiche Mitglieder herzugeführt hatte, nach anregendem Versammlungsverlauf erledigt war.

Aus Nassau und Umgegend.

e **Die Stadtverordneten** halten heute nachmittags 3 Uhr eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Anderweitige Gehaltsregelung der städtischen Beamten, Regelung der Gehaltsbezüge der städt. Bureauangestellten, Vornahme der städtischen Arbeiter, Erhöhung der Vergütung für den städtischen Dolmetscher Saranger, Erhöhung des Gehalts des Stadtförsters, Antrag auf Erhöhung der Bezüge des Schuldners, Erhöhung der Grabtaxe, Erhöhung des städtischen Zuschusses zur gewerblichen Fortbildungsschule, Salzabgabe, Gartenverpachtungen, Freigabe von Waldgelande zur Anlage von Wiesen und Feld, Gelandeaustauschverträge aus Vermögensverwaltung.

Aus Diez und Umgegend.

e **Beijungwechsel.** Die gesamten Baukosten der früheren Brauerei „Zur Eke“ gingen von dem jetzigen Besitzer L. Heilmann-Dahnsdörfer für 50 000 Mark an Kaufmann Karl Schneider hier über.

e **Modernes Theater.** Wir konnten vor kurzem schon mitteilen, daß in Diez sich ein Unternehmen aufzutun will, das in jeder Weise den verhöflichsten Ansprüchen an eine Lichtspielbühne Rechnung tragen will. Außerdem soll aber auch in seinen Räumen die Operette und sonstige künstlerische Sonderveranstaltungen regelmäßigen Eingang finden. Der große Saal des Hof von Holland wird dieses in jeder Weise „Moderne Theater“ nach entsprechender, wie wir erfahren großartiger Herstellung, aufnehmen. Die Leitung liegt in Händen eines bewährten Fachmannes, des Herrn Direktors Eschel. Die Eröffnungsvorstellung wird in Diez stattfinden. Hierzu ist das Erstaufführungsrecht eines neuen großen Filmdrivers für die Lahngegend gewonnen. Es handelt sich um einen Sechakter, dessen Herstellungskosten 3 Millionen Mark betragen. Außerdem werden aber auch in späteren Vorstellungen wissenschaftliche Filme vorgeführt werden und somit den vielfachen Bildungsbestrebungen Unterstützung geleistet. Dasselbe soll auch für unsere Schulfugend, bei den anerkannten Erfolgen der bildlichen Erläuterungen, geschehen. Nach alledem dürfen wir von dem neuen Unternehmen recht viel erwarten. Der Eröffnung wird als einem Ereignis für unsere Stadt mit Spannung entgegengesehen.

Öffentlicher Vortragsabend in Diez.

Der Verein für Volksbildung in Diez schreibt uns: Volkskultur ist nur möglich, wenn der Grundsatz anerkannt und praktisch durchgeführt wird, daß ein Anrecht auf Bildung jedem in gleicher Weise zukommt. Es müssen Einrichtungen getroffen werden, die es jedem, dessen Sinn danach steht, ermöglichen, sich auf der Höhe des modernen Wissens zu halten. Mit der bloßen Anregung ist es aber dabei nicht getan. Der wahre Ausgangspunkt allen Kulturlebens ist immer die geistige Sammlung, die Freude am Wissen und Lernen, die jedem echten Menschen zeit lebens eizen ist. Um diesem angeborenen Kulturgefühl, das weiter verbreitet ist, als mancher glaubt, gerecht zu werden, hat der Vorstand des Diezer Vereins für Volksbildung nach Beratung mit Vertretern der politischen Parteien, die zu diesem Zwecke sich zusammengefunden haben, beschlossen, öffentliche Vortragsabende einzurichten, deren Zweck darin besteht, durch Vortrag, freie Aussprache und Beantwortung mündlicher und schriftlicher Anfragen, die verschiedenen Kulturgebiete in solcher Weise zu behandeln, daß jedermann, einerlei, welche Vorbildung er hat, mit vollem Verständnis folgen kann und Gelegenheit erhält, jede gewünschte Aufklärung sich zu verschaffen. Auch Jugendliche von 14 Jahren an aufwärts sind willkommen, obwohl die Vorträge in erster Linie für Erwachsene bestimmt sind. Die Veranstaltungen sollen im Frühjahr und Herbst jeden Jahres stattfinden, für je 4-5 Wochen, mit einem Vortragsabend wöchentlich. Alle Teilnehmer haben freien Zutritt, ohne weitere Verpflichtungen. Der einzige Zweck ist, in geselliger Form Bildungsfragen und Wissen zu behandeln. Diese Form wird heute bei den hohen Buch- und Zeitschriftenpreisen ein soziales Erfordernis. Für dieses Frühjahr sind, beginnend Freitag, den 16. April, folgende Vortragsreihen mit je zwei Abenden vorgesehen: „Die Verfassungen der modernen Staaten“, behandelt von Oberlehrer Schäfer, und „Das deutsche Städteleben im Mittelalter“, behandelt von Lehrer Ringhausen. Der erste Vortrag gibt jedem eine Handhabe, in den heute so wichtigen Verfassungsfragen sich ein sicheres Urteil zu bilden, der zweite Vortrag behandelt in interessanten geschichtlichen Einblicken das kommunale Leben und lehrt uns, aus der Vergangenheit das Verständnis für die Gegenwart zu gewinnen. Die Veranstaltungen finden im kleinen Saal des Hof von Holland statt. Alles nähere ergeben die Inserate in diesem Blatte. Die in den nächsten Tagen erscheinen werden. Der hiermit beehrte Weg wird die Billigung unserer Mitglieder finden, da ein Wunsch verwirklicht wird, der in dem Kulturprogramm sämtlicher Parteien mit gleicher Wärme immer wieder gebracht wurde. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß diese Veranstaltungen jeden trockenen, lehrhaften Ton vermeiden wollen, da die wechselseitige Mittelamkeit angeregt werden soll.

Prima Gummi- Fahrradbereifung.

Neu hergerichtete

• Fahrräder •

Ersatzteile, Oel für Fahr-
räder und Nähmaschinen,

Brennstoff für Feuerzeuge
empfiehlt

Wilhelm Müller,
Fahrradhandlung,

Altstadtstraße 26. DIEZ. Fernsprecher 312.

Kreisbauernschaft Unterlahn.

Her Dr. Könnig von der Landwirtschaftskammer
Wiesbaden spricht über

Dünger- u. Saatgutfragen

am Samstag, den 17. ds. Mts., in

Katzenelnbogen

abends 8 Uhr im Hotel Bremen.

[Sonntag, den 18. ds. Mts. in

Hörsberg b. Nassau.

nachmittags 3 Uhr.

Bei der Wichtigkeit der im Vortrag behandelten
Frage, wird weitgehende Beteiligung vorausgesetzt.

Der Vorstand.

Achtung!

Die Schreinermeister des Unterlahnkreises
werden auf Sonntag den 18. April 1920, nach-
mittags 3 Uhr, nach Bad Ems, Rheinischer Hof,
eingeladen.

Besprechung über die Zwangsinnung des Unterlahnkreises.

Aussprache über wirtschaftliche Fragen.

Die Schreinervereinsung Bad Ems.

Vollversammlung

des Obst- und Gartenbau-Vereins.

Samstag, den 17. April 1920, abends 8 Uhr
im Rheinischen Hof, Ems.

Verhandlungsgegenstände:

1. Jahres-Bericht und Abrechnung.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Besprechung von Vereinsfragen

Der Vorstand.

Gütertransporte

aller Art und nach allen Richtungen
übernimmt

Kraftverkehrsgesellschaft "Rheinland"

Coblenz-Lützel,

Wallersheimerweg 8. Fernruf 2580.

Wir wollen für dieses Jahr die Abfuhr
der Ziegelsteine und Anfuhr der Kohlen ver-
geben und bitten um Angebote.

Emser Dampfziegelwerke,
Balzer & Comp., G. m. b. H.

:: Runkelrüben ::

heute eingetroffen.

M. Oppenheimer, Ems.

Damenfriseur und Friseur

1. u. 2. Kraft gegen hohes Gehalt sofort od. 1. 5. gesucht.
Gertha Adernann,
Firmungsstraße 10. Koblenz

Städtische

Rechnungsformulare

sind wieder zu haben in der

Druckerei Commer, Bad Ems.



Einmalige günstige Gelegenheit!

Kleiderstoffe, schwarz und druckfarbig.

Rock-Biber, Jackendruck, Hemdenflanelle.

Zephyr, Kostüme, Kostümröcke.

Blusen, weiß und farbig.

Schürzen, weiß und farbig.

Anzüge in allen Größen.

Arbeiter-Bekleidung.

Manchester, Nähgarn u. s. w.

werden zu herabgesetzten Preisen verkauft.

Kaufhaus Albert Isselbacher,

Isselbach

Telefon 29 (Amt Holzappel)

Danksagung.

Für die erwiesene herzliche Teilnahme wäh-
rend der Krankheit und beim Hinscheiden unserer
lieben Entschlafenen, den Schwestern des Dia-
tonissenheims für die liebevolle Pflege, sowie für
die zahlreichen, schönen Blumenpenden und allen
denen, die ihr das letzte Geleit gaben, sagen
herzlichen Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

In deren Namen

Joseph Guido.

Bad Ems, den 9. April 1920.

Statt Karten.

Wir wurden durch die glückliche
Geburt eines gesunden

Mädchens

hocherfreut.

Dr. med. Fritz Reuter u. Frau

Margarieta, geb. Macgti.

Frankfurt a. M., 12. April 1920.

36. Forsthausstraße.

Für die uns anlässlich unserer Ver-
lobung erwiesenen Aufmerksamkeiten danken
herzlichst

Netta Kühnle

Willi Birkenstock.

BAD EMS, den 13. April 1920.

Für die uns anlässlich unserer Ver-
lobung erwiesenen Glückwünsche und Auf-
merksamkeiten sagen wir unsern herzlichen Dank.

Käthe Merz — Hubert Rick.

Bad Ems, Emserhütte. Sinzig a. Rh.

14. April 1920.

Ich habe mich in Bad Ems als
Rechtsanwalt

niedergelassen und übe meine Tätigkeit ge-
meinsam mit Herrn Rechtsanwalt und Notar
Justizrat **Hertz**, Viktoriaallee, aus.

Sprechstunden dort:

9—12 vormittags. 2—5 nachmittags.

Fernsprecher Nr. 264.

W. J. Balzer, Rechtsanwalt.

Brennholz!

zu kaufen gesucht, ferner

Waldbestände!

zur Selbstfällung.

Gustav Nebelung, Frankfurt a. M., Bittelbacherallee 4.
Telefon Hanna 573. (789)

Kalkstickstoff

erwarten wir demnächst und nehmen jetzt schon Be-
stellungen an

Martin Fuchs G. m. b. H. Diez.

: Rucksack :

mit Inhalt gefunden auf
dem Wege Oberwies-Dorn-
holzhausen. Abzuholen bei
Gemeinderath Oberwies.

Portemonnaie

mit Inhalt gefunden auf
dem Wege Oberwies-Dorn-
holzhausen. Abzuholen bei
Gemeinderath Oberwies.

Zu verkaufen

eigene Spalierwände,
einige große Glastüren,
1 eigene Glastüre,
1 Abstellwand,
1 Stehschreibtisch,
1 Anzahl kleiner Topfbretter,
1 Anzahl Hornständer,
Näh. Geschäftsstelle.

Gebrauchter

:: Füllöfen ::

u. Kinderbadeanne mit
Gestell zu verkaufen. [860]
Römerstraße 23. Ems.

Ein noch gut erhaltenes

Fahrrad

ohne Bereifung zu kaufen ge-
sucht. **Dausenau, Kirchstr. 60**

Eine

Kommode

und eine

Petroleumlampe

zu verkaufen. Wo, sagt die
Geschäftsstelle. [848]

2 Bettstellen in Sprungrahmen,

7 Wagenträder,

eine größere Partie gebr. Säge,

1 Wiseneger

zu verkaufen.

Helenenhof, Bad Ems.

ca. 3,20 Mtr. reitwollenes

Herren-Anzugsstoff

nebst passendem Futter u. eine

Zinkbadeanne

billig zu verkaufen.

Römerstr. 31, Ems.

Zu kaufen gesucht:

eine kleine Fahrrad,

eine frisch melende Ziege.

Off. u. Preis unter G. 507

an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Gebrauchte

Hobelbank

zu kaufen gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Gesucht:

Ein Handwerker

als Maschinenwärter.

Emser Dampfziegelwerke

Balzer & Co., G. m. b. H.

Bevor Sie kaufen,

verlangen Sie kostenlos

Die Welt-Zentrale

für Grundstücks- und Ge-
schäftsverkäufe über ganz

Deutschland.

C. H. Hölse & Co., Hannover,

(Porto f. Zusendung erbeten)

Zwei junge Mädchen von 19

u. 20 Jahren

suchen Stellung

zur Bedienung im Kaffee oder

Pension. Gest. Angebote an

Margret Adner, Herne,

Altenhöferstr. 52.

Pensionsvilla

mittlere Größe in guter Lage mit
Zuoutar, foglech oder später zu
kaufen gesucht. Kaufpreis. Offerten
erbeten an

R. Vohmann,

Somburg u. d. Promenade 68.

Villa od.

Wohnhaus

zu kaufen gesucht.

Offerten unter A 528 an

die Geschäftsstelle

Villa

oder Einfamilienhaus mit 10.
ohne Inn. in Bad Ems zu kaufen
gesucht. Offerten unter A 528 an
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Villen gesucht.

Landhäuser

bessere Stadtgrundstücke

oder dergl. auch Pensions-
oder Hotelbetrieb evtl. mit

Garten oder Delonomie für

sehr zahlungsfähige

Aufsuchende

Angebote an

Dr. Landwirtschaftsbau

Berlin Nr. 24.

Ruhige Witwe mit einem Kind

sucht eine

Wohnung

2 Zimmer und Küche. Off. unt.

Nr. 529 an die Geschäftsstelle.

möbl. Wohnung

3 möbl. 3 u. Küche von besser.

älter. Ehepaar Dauermieter nur

als Sommerwohnung benutzt.

Gest. Offerten unter A 528

an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Möbl. Wohn- u. Schlafzimmer

(evtl. mit Verpflegung) von An-
gestellten der Kurkommission für

Dauernd gesucht

Ang. bote mit Preisangabe an

die Kurkommission Ems erbeten

Wohn- od. Geschäftshaus

bei hoher Anzahlung zu kaufen

gesucht. Off. unt. A. 528 an

Ala Haasenfein & Vogler,

Köln. (576)

Alle Sorten

Brennholz

kaufen laufend

Merz & Co., G. m. b. H.

Ransbach (Westertal).

Unterricht

in engl., franz. u. sonst. Un-
terrichtsfächer wird erteilt.

Wo, sagt die Geschäftsstelle Diez.

Bei einer

1. u. 2. Hypothek

auf lange Jahre fest zu tilgen. Zins-
fuß leicht zu schreiben unter G. 507

an Ala Haasenfein & Vogler

Köln.

Geld

gegen monatliche

Rückzahl. verleiht

R. Calderarow, Hamburg b.

vom 1. Mai bis 30.

Herr, Septemb. in leitender

Stellung, sucht für tiefe Zeit in

ruhigem Hause ein schön

möbliertes Zimmer

möglichst mit Verpflegung. Angeb.

u. Preisangabe sind u. A. 528 an

die Geschäftsstelle d. Ztg. zu richten.